37. Mittwoch den 13. Februar 1856. 37.

# Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an. Inserate (1¼ Sgr. für die viergespaltene Zeile) sind an die Expedition zu richten.

## Amtliches.

Berlin, 12. Februar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem Kaiserl. französischen Artillerie-Kapitän de Brettes zu Paris, dem Hauptmann a. D. und Kreisgerichts-Sekretär Czott zu Trebnitz und dem Musikdirektor Franz Commer zu Berlin, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Bahnmeister Franz Bergman zu Lippstadt, dem Lokomotivführer Johann Friedrich Bieck zu Warburg und dem Krankenwärter Robert Wetzel zu Berlin, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner dem Franz Arnold Coellen zu Bonn die Erlaubniß zur Anlegung der von des Kaisers von Oesterreich Majestät ihm verliehenen goldenen Kunst-Medaille zu ertheilen.

Angekommen: Se. Exc. der Großherzoglich mecklenburg-strelitzsche Staats-Minister, von Bernstorff, von Neu-Strelitz; der General-Major und Kommandeur der 7. Infanterie-Brigade, von Bagensky, von Bromberg; der Ober-Erb-Jägermeister im Herzogthum Schlesien, Graf von Reichenbach-Goschütz, von Breslau.

Abgereist: Se. Exc. der General-Lieutenant, Bevollmächtigter bei der Bundes-Militär-Kommission und Oberbefehlshaber über die Truppen in Frankfurt a. M., Freiherr von Reitzenstein, nach Frankfurt a. M.

## Telegraphische Depesche der Posener Zeitung.

**London, Montag, 11. Februar. Die heutige „Morning Post" theilt mit, daß die Friedenskonferenzen nächsten Montag brginnen dürften, und daß es möglich sei, man werde bei allseitig guter Disposition ohne Präliminarien auf bestimmter allgemeiner Friedensunterlage (?) zu den Unterhandlungen schreiten.**

## Deutschland.

**Preußen.** AD. Berlin, 11. Februar. [Ein dementirtes Gerücht; die Vorlage am Bundestage; Pariser Stimmung für Rußland.] Vor wenigen Tagen kam hier ein Gerücht in Umlauf, aber dessen Ursprung man keinen zuverläßigen Aufschluß erhalten konnte, welches aber nichtsdestoweniger von den Baisse-Spekulanten mit Erfolg benutzt wurde, um den Kours aller Werthpapiere ansehnlich herabzudrücken. Es hieß nämlich, die Regierung sei mit Rücksicht auf die neuesten politischen Vorgänge entschlossen, die Kriegsbereitschaft unseres Heeres ungeschmälert aufrecht zu erhalten und werde sich dadurch veranlaßt sehen, eine neue beträchtliche Anleihe aufzunehmen. Nach Erkundigungen, die ich an wohlunterrichteter Stelle eingezogen habe, kann ich Ihnen melden, daß das ganze Gewebe von Nachrichten der bezeichneten Art als ein Fastnachtsmärchen zu betrachten ist und daß Preußen wohl nicht im Entferntesten daran denkt, kriegerische Demonstrationen in einem Augenblick zu machen, wo die bisher in blutigem Kampfe streitenden Mächte die Waffen aus der Hand zu legen beabsichtigen. — Die aus Frankfurt eingehenden Nachrichten bestätigen vollständig die Erwartungen, welche ich in Betreff der Stellung des deutschen Bundes zu den österreichischen Anträgen noch gestern ausgesprochen habe. Die Ausschüsse haben bereits ihre Berathungen begonnen und neigen sich entschieden den Grundsätzen zu, zu denen sich das preußische Kabinet in seinen nach Wien gerichteten Erklärungen bekannt hat. Es steht daher ein Ausschuß-Gutachten in dem Sinne zu erwarten, (es ist also — s. unten: Berlin — noch nicht abgegeben; d. Red.), daß Deutschland seinen grundsätzlichen Anschluß an die Friedenspräliminarien, so weit dieselben in bestimmter Fassung vorliegen und von allen betheiligten Mächten genehmigt sind, auszusprechen, jedoch in Bezug auf die noch nicht definitiv erledigten Fragen seine Entschließungen vorzubehalten habe. Es wäre damit ein Vorsichtsvotum gegen willkürliche Ausdehnung des fünften Punktes der österreichischen Vorschläge gegeben und jedenfalls die Verpflichtung zu thatsächlicher Mitwirkung ausgeschlossen, bis die Absichten der Dezember-Verbündeten klar vorliegen werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Ausschußbericht schon am nächsten Donnerstag in der Bundesversammlung zum Vortrag kommen. — Aus Paris wird berichtet, daß in den dortigen tonangebenden Kreisen nicht allein die vollste Zuversicht auf das Zustandekommen des Friedens herrscht, sondern daß auch der Kaiser bei jeder Gelegenheit seinen Entschluß zu erkennen giebt, seinerseits Alles für den Erfolg der Verhandlungen aufzubieten. Das Pariser Publikum fängt bereits an, eine sehr freundliche Stimmung gegen die Russen zur Schau zu tragen (s. auch unten) und in Ermangelung wirklicher Gäste aus dem Czarenreiche, die sonst so zahlreich in Paris zu finden waren, spendet es den Masken seinen Beifall, welche auf den Karnevalsbällen in moskowitischem Kostüm erscheinen.

Berlin, 11. Febr. [Antrag des Bundestags-Ausschusses.] Die „B. B. Z." schreibt: In Bezug auf die von Oesterreich der deutschen Bundes-Versammlung gemachte Vorlage, welche bekanntlich einem Ausschusse zur Berichterstattung überwiesen wurde, theilt man heute hierher mit, daß der Ausschuß in Folge der von der Versammlung erhaltenen Weisung, sich sofort mit der Berathung der Vorlage befaßt habe und zu dem Resultate gelangt sei, der Versammlung zu empfehlen, „daß sie sich den Präliminar-Vorschlägen, wie sie Oesterreich in Petersburg aufgestellt und Rußland dieselben akzeptirt habe, anschließe, Betreffs der zur Ausführung des fünften Punktes gereichenden Spezialbestimmungen aber ihre Erklärung und Beschlußfassung so lange vorbehalte, bis Anträge in diesem Sinne vorliegen würden. (s. unsere gestr. Berl. AD.-Korresp. d. R.)

— [Malmène.] Aus zuverläßiger Quelle wird mitgetheilt, daß das von dem ehemaligen Vorsteher einer Knaben-Erziehungs- u. Beschäfigungs-Anstalt Malmène eingelegte Begnadigungs-Gesuch, in der Untersuchungs-Sache wider ihn wegen schwerer und vorsätzlicher Körperverletzung und Mißhandlung eines Menschen, wodurch jener zu einer sechsmonatlichen Gefängnißstrafe verurtheilt worden, Allerhöchsten Orts nicht berücksichtigt, auch die von mehreren Zöglingen desselben eingelegten Begnadigungsgesuche zurückgewiesen worden sind. (V. Z.)

— [Obertribunals-Entscheidung.] Das Gesetz über die Mahl- und Schlachtsteuer verweist wegen der Strafbarkeit der Theilnahme an Defrauden auf die Bestimmungen des allgemeinen Strafrechts, erwähnt jedoch der Begünstigung von Defrauden nicht. Es war deshalb in der Praxis zweifelhaft geworden, ob nach dem neuen Strafgesetzbuch von 1851 die Begünstigung einer Defraude überhaupt und namentlich auch dann strafbar sei, wenn die Defraude nur eine Uebertretung im Sinne des neuen Strafrechts darstellt. Das K. Obertribunal hat nun kürzlich angenommen: daß, bei dem Mangel einer ausdrücklichen entgegenstehenden Bestimmung in den Steuergesetzen, die letzteren mit Rücksicht auf die allgemeinen Grundsätze des Strafrechtes auszulegen und anzuwenden seien, daß daher auch §. 37 des Strafgesetzbuchs hier Platz greife. Es sei übrigens nur die Begünstigung einer sich als Vergehen darstellenden Defraude strafbar, diese Bestrafung aber müsse auch dann eintreten, wenn die an sich geringfügige Defraude gemäß Art. VIII. des Einführungsgesetzes vom 14. April 1851 deshalb den Charakter eines Vergehens annehme, weil der Urheber derselben sich im Rückfalle befindet, und deshalb Untersagung seines Gewerbebetriebes verwirkt hat. In letzterem Falle kann sich der Begünstiger gegen die Strafe des §. 37 l. c. nur durch den Nachweis schützen, daß ihm jene Rückfälligkeit nicht bekannt gewesen sei.

— [Vernichtung alter Kassenanweisungen; ein Humbug.] Nachdem in Folge des Gesetzes vom 9. Mai 1851 neue Kassenanweisungen über den Betrag von 30,842,347 Thaler an die Stelle der Kassenanweisungen vom Jahre 1835, und der Darlehnskassenscheine vom Jahre 1848 angefertigt sind, und die Ausreichung derselben gegen Einziehung der alten Papiere mit dem 1. Oktober 1853 begonnen hat, ist jetzt von der Staatsschulden-Kommission eine Uebersicht der eingezogenen und durch Feuer vernichteten Papiere aufgestellt worden. Wie dieselbe ergiebt, sind von den in [illegible] Kassenanweisungen nur noch 1,057,3[illegible], und von den 10,000,000 Thalern Darlehnskassenscheinen noch 960,000 Thlr. als vernichtet nachzuweisen. Zur Ergänzung beschädigter Exemplare ist ein Depot von Kassenanweisungs-Blanquets zum Betrage von 596,152 Thlr. niedergelegt, von welchem nur so viel zur Ausfertigung und Ausgabe kommen darf, als an beschädigten Kassenanweisungen eingeht.

— Man erinnert sich wohl noch eines vor Jahr und Tag verbreitet gewesenen Gerüchts, wonach (irren wir nicht, zum Betrage von 70,000 Thalern) eine Anzahl unbrauchbarer Kassenanweisung-Blanquets vom Trockenboden der Staatsdruckerei gestohlen und in Umlauf gesetzt sein sollten. Der eben erschienene Jahresbericht der Staatsschuldenkommission führt dieses Gerücht auf seinen wahren Werth zurück. Es ergiebt sich aus demselben, daß 6 Stück Kassenanweisungen à 5 Thaler und resp. 1 Thlr., zusammen im Belaufe von 31 Thlr., aus der bezeichneten Lokalität entwendet und von dem noch nicht ermittelten Thäter, nach Hinzufügung der Nummer und des Namens des Ausfertigungsbeamten, in Umlauf gebracht sind.

— [Ueber Reformpläne der preuß. Bank], welche in der bereits auf den 29. d. M. ausgeschriebenen Generalversammlung der Meistbetheiligten zur Vorlage kommen sollen, meldet die „B. B. Z." Folgendes: Die gegenwärtig beabsichtigte Reform hat einen doppelten Zweck: einerseits nämlich die Bank in den Stand zu setzen, den gesteigerten Bedürfnissen des Publikums zu genügen, und andererseits eine Verminderung des Staatspapiergeldes herbeizuführen. Zu diesem Behufe ist nun zwischen der Bankverwaltung und der Staats-Finanzverwaltung ein Vertrag abgeschlossen worden, der der Generalversammlung am 29. Februar zur Genehmigung vorgelegt werden wird und in seinen Grundzügen Folgendes bezweckt: Die Regierung nimmt diejenigen seit der Umbildung der Bank im Jahre 1846 noch als Einschuß des Staats bei der Bank befindlichen 3½prozentigen Obligationen im Betrage von 9,400,000 Thlrn., die insofern ein entschiedenes Onus für die Bank waren, als sie derselben zum Nennwerthe angerechnet waren, während ihr gegenwärtiger Kours etwa 87 beträgt, wieder zu pari zurück, und giebt der Bank dafür 7 Mill. Thlr. baar und den Rest in 4½prozentigen Anleihe-Obligationen. Die Berechtigung der Regierung, das von Privatpersonen eingeschossene Kapital im Gesammtbetrage von 10 Mill. Thlr. pari zurückzuzahlen, wovon dieselbe nach §. 16 der Bankordnung im Jahre 1861 Gebrauch machen darf, wird bis zum Jahre 1871 hinausgeschoben, bis dahin also der gegenwärtige Vertrag verlängert. Es wird eine Vermehrung dieses Einschußkapitals vielmehr um 5 Mill. Thlr. autorisirt, und kann je nach Bedürfniß von der gegenwärtigen Bankverwaltung zur Ausführung gebracht werden. Das Einschußkapital des Staats wird in der vorhin angedeuteten Weise anderweitig geregelt. Die Bank erhält die Befugniß, die Emission von Banknoten lediglich nach Bedürfniß ihres Verkehrs zu regeln, event. also auch das gegenwärtig nach §. 29 der Bankordnung festgesetzte Maximum von 21 Mill. Thlr. zu überschreiten, nur müssen von dem Gesammtbetrage der im Umlauf befindlichen Banknoten stets ein Drittel in Baar und zwei Drittheile in diskontirten Wechseln, mit Ausschluß der gegenwärtig nach §. 31 auch gestatteten Basis von Lombard-Forderungen, vorhanden sein. Die Vermehrung der Banknoten erfolgt zunächst in Apoints von Zehn- und Zwanzig-Thalerscheinen. Die Bank übernimmt die Verpflichtung, von dem umlaufenden Staatspapiergelde allmählig funfzehn Millionen Thaler einzulösen, und erhält bis zur Höhe des eingelösten Betrages von der Regierung Obligationen der 4½prozentigen Staatsanleihen, deren Zinsen sie der Regierung zurückerstattet, und zu deren allmähliger Amortisation sie aus den Gewinnen der Bank jährlich die Summe von 100,000 Thlr. verwendet. Aus dem nach den Jahresabschlüssen sich ergebenden reinen Gewinn wird den Bankantheilseignern in der Folge 4½ Prozent vorweg gezahlt, statt wie bisher nur 3½ Proz.

— [Die Staatsdruckerei.] In dem Staatshaushalts-Etat für 1856 sind die Einnahmen der Staatsdruckerei auf 48,588 Rthlr. (38,193 Rthlr. mehr als im Vorjahre), die Ausgaben für diese Anstalt auf 51,488 Rthlr. (31,538 Rthlr. mehr als im Vorjahre) veranschlagt, so daß ein Zuschuß von 2900 Rthlr. (6655 Rthlr. weniger, als im Vorjahre) erforderlich wäre. Dabei ist jedoch zu bemerken, daß die Veranschlagung der Jahres-Einnahme auf nur 48,588 Rthlr. eine überaus mäßige ist, welche aller Wahrscheinlichkeit nach durch die wirkliche Einnahme überholt werden dürfte. Die Einnahme aus den von der Staatsdruckerei gelieferten Arbeiten belief sich nämlich im 2ten Semester 1853 auf 25,843 Rthlr. 21 Sgr. 6 Pf., im Jahre 1854 auf 110,651 Rthlr. 15 Sgr., und im ersten Semester 1855 auf 29,509 Rthlr. 2 Sgr. 1 Pf., zusammen auf 166,004 Rthlr. 8 Sgr. 7 Pf. Wenn man diesen Gesammtbetrag auf zwei Jahre verrechnet, so stellt sich die durchschnittliche Jahres-Einnahme auf 83,002 Rthlr. 4 Sgr. 3 Pf., und selbst, wenn man denselben auf drei Jahre vertheilt, so bleibt ein jährlicher Durchschnittsertrag von 55,335 Rthlr. Der Budget-Entwurf hat die Einnahme für 1856 deshalb so niedrig veranschlagt, weil die im Jahre 1854 erzielte sehr hohe Einnahme durch außergewöhnliche Arbeiten von großem Umfange, namentlich durch den Druck der neuen Kassen-Anweisungen, herbeigeführt ist, und daher keinen zuverläßigen Maaßstab für Betriebsergebnisse anderer Jahre bietet. (P. C.)

— [Tuchhandel.] Nach Mittheilungen des k. preuß. Generalkonsuls in Alexandrien gehören zu den preuß. Industrieartikeln, welche gegenwärtig in Aegypten besonders gesucht werden, die Tuche. Mehrere dortige solide Handlungshäuser wünschen eine direkte Verbindung mit preuß. Tuchfabrikanten anzuknüpfen. Besonders werden Mitteltuche verlangt, von 5—12 Franken der Meter. Preuß. Fabrikanten, welche nach Aegypten Verbindungen anknüpfen wollen, müssen aber darauf gefaßt sein, längere Zahlungsfristen zu bewilligen. Ohne ausgedehnten Kredit ist der überseeische direkte Handel für Aegypten unmöglich. (B. B. Z.)

— [Von dem Eisenbahn-, Post- u. Dampfschiff-Kours-Buch], welches, nach den amtlichen Materialien des königl. Postkours-Büreaus bearbeitet, hier im Verlage der Deckerschen Geh. Ober-Hofbuchdruckerei erscheint, ist so eben die Nr. 1 für das Jahr 1856 ausgegeben worden. Dieselbe stellt, wie ihre Vorgängerinnen, alle für den Reise- und Korrespondenzverkehr wichtigen Angaben sehr vollständig zusammen und hat alle in jüngster Zeit eingetretene Veränderungen der Fahrpläne und Tarife berücksichtigt.

Erieg, 8. Februar. [Die Strafanstalt.] Wie bekannt, ist bei der hiesigen Strafanstalt in Folge der Erwerbung des sogenannten Kreuzhofes eine als dringend nothwendig erkannte Erweiterung eingetreten. Indessen ist mit der dadurch erzielten Vergrößerung der Anstalt dem immer von Neuem wieder hervortretenden Bedürfnisse der Beschaffung von Räumen zur Unterbringung einer größeren Anzahl von Gefangenen noch immer nicht entsprochen. Damit nun die Anstalt mit 400 Köpfen mehr, also im Ganzen mit 1000 Gefangenen belegt werden könne, wird noch die Einrichtung des östlichen Flügels und der Umbau des westlichen Flügels, so wie die Ausführung einiger damit in Verbindung stehenden kleineren Baulichkeiten beabsichtigt. Die Kosten dieser Bauten sind auf im Ganzen 40,000 Thaler veranschlagt. Es dürfte aber diese Summe durch Verwendung der Gefangenen zu den Arbeiten, so wie mit Hülfe der Ersparnisse, welche durch Verwendung der Gefangenen bei den bisherigen Arbeiten bereits entstanden sind, bis auf 15,000 Thaler ermäßigt werden. (P. Z.)

Dirschau, 10. Februar. [Wasserstand und Eisgang.] Das Wasser wächst in der Nogat und fällt in der Weichsel. Das Relais in Caldowo wird so eben etablirt. Die Eisdecke leidet sehr durch das anhaltende Regenwetter. Die Eisbahnen der Weichsel haben nur noch Tragfähigkeit für 12 Centner. Außerhalb der Bahnen ist die Passage gänzlich untersagt. Trajekt für Fußgänger unbehindert bei Tage und Nacht. Das Abgehen des Eises steht nahe bevor.

Köln, 10. Februar. [Stromverkehr; Auswanderung.] Der Schifffahrtsverkehr auf dem Rheine fängt nach einer Rast von einigen Monaten an, sich zu beleben. An unserem Ufer liegen den Strom entlang eine große Anzahl der verschiedenartigsten Fahrzeuge, die der Belastung harren, um dann später die Fahrt stromauf- oder stromabwärts anzutreten. — Vorgestern kamen in Begleitung zweier Geistlichen hier 336 Auswanderer aus dem Kanton Wallis an, die nach Brasilien überzusiedeln gedenken.

Königsberg, 7. Februar. [Wohlthätigkeit; Kirchliches; Rinderpest.] Das hiesige Krankenhaus der Barmherzigkeit hat durch die Einrichtung einer Männerstation eine bedeutende Erweiterung erfahren; bei der Einweihungs-Feierlichkeit des neuen Gebäudes wurde der Versammlung Seitens des Vorstandes der Anstalt, welche unter dem Protektorat Ihrer Majestät der Königin steht, ein huldvolles Anschreiben der Letzteren mitgetheilt. Auch der hiesige kirchliche Gustav-Adolf-Verein, der in der laufenden Woche seinen neunten Jahrestag beging, hat, wie sich aus dem bei der Gelegenheit veröffentlichten Bericht ergiebt, einen im Ganzen recht erfreulichen Aufschwung genommen. — In den Ortschaften der Kreise Preuß.-Holland und Mohrungen, in welchen die Rinderpest ausgebrochen war, haben nach bewirkter Desinfektion die Absperrungsmaaßregeln wieder aufgehoben werden können. In dem Kreise Osterode ist der Ausbruch der Krankheit auf die Ortschaften Ganshorn, Marwalde, Kurken und Tannenberg beschränkt geblieben. Auch hat dieselbe in dem Kreise Neidenburg, außer der Stadt Neidenburg und den Dörfern bez. Gütern Napierken, Sablotschen, Sobrotten, Borowen, Kischienen, Browinen und Dietrichsdorf sich nicht weiter verbreitet. Die übrigen Theile der Provinz sind von der Rinderpest bis jetzt verschont geblieben. — Der in Klein-Mausdorf, Kreises Elbing, aufgetretene Milzbrand unter dem Rindvieh ist beseitigt. (K. H. Z.)

Königsberg, 8. Februar. [Rinderpest.] Die königl. Regierung hat unterm 5. d. M. folgende Verordnung erlassen: Um jeder wei-

teren Einschleppung der Rinderpest von dem Nachbarlande aus entgegenzutreten und die Uebertragung des Ansteckungsstoffes von denjenigen Kreisen unseres Verwaltungsbezirks, in welchem die Seuche noch nicht ganz erloschen ist, nach pestfreien Gegenden zu verhindern, verordnen wir auf Grund des §. 11 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850: 1) Der Transport von Rindvieh aus den Kreisen Neidenburg, Ortelsburg, Allenstein und Osterode nach Ortschaften, welche in anderen Kreisen unseres Verwaltungsbezirks und der benachbarten Regierungsdepartements belegen sind, wird bis auf Weiteres verboten. 2) Innerhalb der erwähnten Kreise und der übrigen Kreise unseres Verwaltungsbezirks darf ein Transport von Hornvieh nach den Städten oder ländlichen Ortschaften nur dann stattfinden, wenn von dem Besitzer des Viehes, unter Vorlegung der Ursprungs- und Gesundheits-Atteste, so wie eines vollständigen Signalements jedes einzelnen Stückes nach Alter, Farbe und Geschlecht, bei dem Landrathsamte desjenigen Kreises, in welchem das fortzubringende Vieh sich befindet, die Erlaubniß dazu nachgesucht, und im Falle der Unverdächtigkeit, von der gedachten Behörde der Transport des Viehes nach dem namhaft zu machenden Bestimmungsorte, durch einen unter jene Atteste und das Signalement unter Siegel und Unterschrift auszufertigenden Vermerk, nachgegeben worden ist. Jede Uebertretung der vorstehenden Polizeivorschrift wird gegen die Besitzer des Viehes sowohl, als auch gegen diejenigen Personen, welche beim Transporte und der Aufnahme des Viehes sich in irgend welcher Weise betheiligen, mit einer Geldstrafe bis zu 10 Thlr. geahndet.

**Oesterreich.** Wien, 10. Febr. [Preußen und die Konferenzen; ein Einspruch Oesterreichs; eine preuß. Depesche.] Baron Bourqueney hatte unmittelbar vor seiner Abreise eine Besprechung mit dem Grafen Buol, von der man in sonst unterrichteten Kreisen wissen will, daß der Gegenstand derselben die Frage der Zulassung Preußens zu den Berathungen gewesen sei. Man versichert, dieser Gegenstand sei noch keineswegs als erledigt anzusehen, und habe namentlich das diesseitige Kabinet mit großer Energie noch in neueren, nach Paris und London nicht blos, sondern auch nach Berlin abgefertigten Aktenstücken die Betheiligung Preußens als eine Frage des deutschen Interesses nachdrücklichst betont. — Noch ist davon die Rede — und ich erwähne dies, ohne eine Bürgschaft übernehmen zu können, — daß unsere Regierung gegen die Aeußerung in der englischen Thronrede, welche das Verbündeten-Verhältniß, in welchem Oesterreich sich den Westmächten gegenüber befindet, völlig ignorirt, Einspruch gethan habe. Graf Buol soll Oesterreich gegen die Konsequenzen, die man aus diesem mit uns einseitig vorgenommenen Wechsel der Stellung ziehen könnte, Verwahrung eingelegt, und andrerseits darauf hingewiesen haben, zu welchen Konsequenzen Oesterreich sich verleitet sehen könnte, wenn es einen derartigen Wechsel anerkennen wollte. — Preußens Note vom 26. v. M. ist nicht an die Westmächte gerichtet, sondern hierher (wir haben schon früher diese allein richtige Thatsache mitgetheilt. D. Red.) und nur den Vertretern der preußischen Regierung bei den Bundesregierungen davon Kenntniß gegeben. (B. B. Z.)

Wien, 11. Febr. [Zu den Friedenshoffnungen; Oesterreich u. Sardinien.] Eine eigenthümliche Wahrnehmung, die ich hier zu machen Gelegenheit hatte, will ich nicht vorenthalten; ich bin hier nirgends einem Zweifel an der Gewißheit des Friedens begegnet, als in der Umgebung der russischen Gesandtschaft. Auch in diesem Kreise leugnet Niemand das auf allen Seiten vorhandene Friedensbedürfniß und die zu dessen Befriedigung dienende Bereitwilligkeit, und dennoch hören wir Aeußerungen eines Pessimismus in Bezug auf die Wendung der Kriegs- nnd Friedensfrage, die uns vermuthen lassen, daß man hier thatsächliche Motive hat, welche hindern, sich den Friedenshoffnungen mit derjenigen Freudigkeit hinzugeben, die wenigstens in Wien alle übrigen Kreise der höheren Gesellschaft beseelt.

Es verlautet hier Mancherlei über neuere Mißstimmungen zwischen unserer und der sardinischen Regierung. Ich bin in diesem Augenblick nicht im Stande, Thatsachen anzuführen, aus welchen eine Differenz sich erklären ließe, doch scheint mir die Angelegenheit der Friedenskonferenzen und der Ton der sardinischen Presse einen Austausch von Aeußerungen hervorgerufen zu haben, der nicht eben freundlicher Natur war. (B. B. Z.)

Triest, 8. Februar. [Getreideverkehr; der türkische Gesandte; das Anlehen.] Die Enteisung der Donau und die Aussicht auf Aufhebung des Ausfuhrverbotes im Kirchenstaate bewirken einen steten Rückgang der Getreidepreise. Außer Mais, dessen Billigkeit die Spekulation anregte, bleiben alle Getreidesorten fast ohne Absatz. — General della Marmora ist in Turin angekommen. Der türkische Gesandte hat dem Könige von Sardinien seine Beglaubigungsschreiben überreicht. Der Senat in Turin hat das Anlehen von 30 Millionen mit einer Majorität von 50 gegen 7 Stimmen genehmigt. (B. B. Z.)

**Holstein.** Itzehoe, 6. Februar. [Zur Anklage wider den Minister für Holstein.] Daß die holsteinische Ständeversammlung eine Ministeranklage beschlossen hat, ist bekannt. Zur besseren Würdigung dieses bedeutungsvollen Schrittes lassen Sie mich aber eine Verwahrung dagegen hinzufügen, daß derselbe auf die liberale Wagschaale der leichten Oppositionsmacherei geworfen uud nach Analogie der Modevorgänge von 1848 beurtheilt wird. In der That hat dieser ernste Akt mit den damaligen wohlfeilen Renommagen gar nichts gemein. Dafür bürgt allein schon die Persönlichkeit des Antragstellers, des Verbitters R. Blome, eines entschiedenen Widersachers der Revolution von 1848, eines, wie man auch in Kopenhagen weiß, durch und durch königlich gesinnten Mannes. Daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo der Minister für Holstein eine unumschränkte Polizeimacht in Händen hat, die er, wie die Erfahrung zeigt, mit größter Rücksichtslosigkeit geltend zu machen versteht, die Versammlung der Abgeordneten des Landes mit einer so ungeheuren Majorität es unternommen hat, ein Verdammungsurtheil über die ganze innere Politik des Ministers auszusprechen, das darf nicht als popularitätssüchtige Gunstbuhlerei, als wohlfeiles Oppositionmachen aufgefaßt werden. Jeder holsteinische Abgeordnete, der seine Stimme für die Anklage abgegeben hat, ist sich damit bewußt gewesen, daß er schutzlos ein Feindschaftsvotum gegen einen Mann abgab, der augenblicklich über die ganze Staatsgewalt unumschränkt gebietet. Merkwürdigerweise hat sich übrigens der offiziöse Vertreter des Ministers, Advokat Bargum, als ein sehr unglücklicher Helfer bewährt, denn ehe er in der Schlußberathung geredet hatte, berechnete man die Minorität gegen den Antrag des Ausschusses auf 16 bis 17 Stimmen. Nachdem Bargum seine kalte und unerquickliche, aber sehr lange Rede gehalten hatte, reduzirte sich bei der Abstimmung die Zahl auf 6 Stimmen. — Mit dieser nun von den legitimen Vertretern des Landes beschlossenen Anklage wird höchst wahrscheinlich der Ausfall der Wahlen zum Reichsrath (für die Gesammtmonarchie, d. h. für Dänemark und die Herzogthümer gemeinschaftlich) einen auffallenden Kontrast bilden. Diese Wahlen haben nämlich, weil Holstein sich voraussichtlich im Reichsrath doch immer in einer nothwendigen Minorität befinden wird, nur einen sehr geringen Anklang im Lande gefunden. Durch bedeutende Anstrengungen ist es aber bewirkt, daß in der Landdrostei Pinneberg, dem noch immer dem Minister v. Scheel speziell untergebenen Distrikt, sich etwa 220 Wähler gemeldet haben, reichlich ein Drittel der Meldungen des ganzen Landes. Diese 220 Männer werden zweifelsohne einstimmig den Minister in den Reichsrath wählen und so wird das Land das Vergnügen haben, gleichzeitig den Minister in Anklagestand zu versetzen und ihm ein Vertrauensvotum zu ertheilen. Herr v. Scheel ist bekanntlich dänischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten, ferner Minister für Holstein und endlich Landdrost für das Amt Pinneberg in Holstein. Bei der jetzt beschlossenen Anklage handelt es sich natürlich um die Maaßnahmen, welche Herr von Scheel als Minister für Holstein ergriffen hat. (N. P. Z.)

## Kriegsschauplatz.

### Krimm.

Den letzten Nachrichten aus der Krimm zufolge fanden nirgendswo auf der Halbinsel russische Truppenbewegungen statt. Die Nordforts jedoch feuerten fortwährend auf die Südseite von Sebastopol, und die Lebhaftigkeit ihres Feuers hatte sich in der letzten Zeit sogar verdoppelt. Der Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten, welcher der „Presse d'Orient" vom 21. Januar zufolge den russischen Generalen zugesandt worden war, scheint demnach bis zum Abschlusse des Waffenstillstandes kein unbedingter zu sein.

— Die letzten Briefe aus dem Lager von Sebastopol, die der „Times" von ihrem Korrespondenten zugehen, sind vom 23. und 25. Januar datirt. Es geht daraus hervor, daß die Nachricht von einem bald zu erwartenden Frieden keineswegs mit allgemeiner Freude aufgenommen worden war und daß mit Ausnahme jener Wenigen, die geneigt sind, „aus Gesundheitsrücksichten" oder „um dringender Privatgeschäfte willen" jeden Augenblick die Mühseligkeiten des Dienstes zu quittiren, Alles verstimmt war, das Aufhören der Feindseligkeiten und der Aussichten auf Avancement so nahe zu wissen. Man unterhielt nur einen Trost, den, daß es Rußland mit seiner Friedensgeneigtheit schwerlich ernst sein werde.

— Einem Briefe aus Baktschiserai vom 24. Januar (in der „Mil. Ztg.") zufolge war das neueste Ereigniß der Armee bekannt gegeben und erregte um so größere Ueberraschung, als einige Tage früher auf eine fernere ausdauernde Kriegführung hingewiesen worden war und nicht nur Truppenverstärkungen erwartet wurden, sondern gegen das Baidarthal über Janisale und Kolulus Bewegungen angeordnet worden waren, um die äußersten Posten der französischen Division Automarre zu allarmiren; hiervon kam es natürlich ab, und die gegenseitige Beobachtung wird sich auf die nothwendigsten Vorsichtsmaaßregeln beschränken, bis die offizielle Weisung des zu hoffenden Waffenstillstandes anlangt. Auch die Ordre, den Generallieutenant Wagner vor Kertsch zu verstärken, wurde am 23. rückgängig gemacht, das Feuer der Batterien von der Nordseite eingestellt, die Beobachtungsposten vor Eupatoria auf Tula zurückgezogen, kurz die Anordnungen in der Art festgestellt, daß man jegliche Unternehmung aufschiebt. — Die Armee ist zumeist in den Ortschaften und in Erdhütten einquartiert und leidet keinen Mangel.

### Asien.

Die „Times" bringt von ihrem Korrespondenten, Mr. Oliphant, einen Brief aus dem Hauptquartier Omer Pascha's, datirt Mingrelien, 29. Dezember. Es heißt darin, daß Omer Pascha am 17. Dezember Chopi (s. Nr. 30) verlassen habe und nach Redut-Kale gegangen sei, um daselbst die Ausführung und Unterbringung von allerhand Vorräthen persönlich zu übernehmen. Vom 18. bis 21. sei viel Schnee gefallen, seitdem aber herrschten warme Tage, allem Anschein nach die Vorboten des Frühlings. Unter dem Einfluß der Sonne und des frischen Windes trockneten die Wege, und da der Schnee auf den Bergen noch nicht geschmolzen und ein Austreten der Flüsse noch nicht zu fürchten sei, so würde für europäische Truppen jetzt eine Gelegenheit gegeben sein, die Operationen wieder aufzunehmen. Die Armee Omer Pascha's aber würde auf solchem Zuge verhungern, da von einem Verpflegungs- und Transportdienst unter den Türken noch immer nicht die Rede sein könne, und das Land soll weniger Hülfsmittel bieten, als man glauben [illegible] Skender Pascha hatte vor, zur Beunruhigung des Feindes eine Kavallerie-Expedition zu machen, und gedachte dabei nach den ihm eigenthümlichen Prinzipien zu verfahren. Jeder Mann sollte Provisionen für sieben Tage mit sich nehmen, alle Zelte sollten zurückbleiben, kein Gefangener sollte gemacht werden, und die Verwundeten seines eigenen Korps sollten liegen bleiben, wo sie fielen. Dieser Plan ward nicht angenommen und statt dessen ihm der Auftrag ertheilt, eine Abtheilung russischer Soldaten und mingrelischer Miliz, die das Lager bei Chopi beunruhigten, zu vertreiben. Er fand den Feind, bat um Infanterieverstärkung, da der Boden einen Kavallerieangriff unmöglich machte, ordnete eine Bayonnet-Attaque und sprengte dann Allen voran mitten in die Russen hinein. Wie immer hieb er sich wieder heraus. Seine Lage war um so mißlicher, als die Türken mitten in ihrem Bayonnetangriff inne hielten, weil ihnen eine Heerde Gänse begegnete, deren Einfangen ihnen wichtiger erschien, als die Vertreibung der Russen. Skender Pascha sprengte jetzt unter sie, theilte freigebig seine Hiebe aus und führte sie unter beständigem Fluchen auf's Neue zur Attaque. Das Resultat wäre günstig gewesen, wenn nicht den stürmenden Bataillonen eine zweite Versuchung in Gestalt einer Hammelheerde in den Weg gelaufen wäre, auf welche sie sofort Feuer gaben. Von den Gänsen hatte sie Skender Pascha fortzutreiben vermocht, da es möglich war, die gemachte Beute am Gürtel mitzuschleppen; die erlegten Schäfe aber waren untransportirbar, und selbst Skender Pascha's Autorität reichte nicht aus, die Attaque wieder aufzunehmen. Solche Absurditäten sind die nothwendige Folge einer türkischen Armeeverpflegung. Verhungerten Leuten, die seit 14 Tagen kein Fleisch gegessen hatten, mußte natürlich ein erlegter Hammel wichtiger sein, als ein erlegter Russe. Der Feind hatte Zeit, das Dorf zu räumen, und den Türken blieb nichts übrig, als zu plündern und in Brand zu stecken. Der Schluß des Briefes spricht wieder von dem äußersten Haß der Bevölkerung gegen die Türken und von der völligen Verwahrlosung der türkischen Verwaltung.

— Aus Erzerum hier angelangte Nachrichten melden von einem am 5. Januar bei Sugdidi (Hauptort von Dadien) zwischen den Russen und den Türken vorgefallenen Gefechte. Zehn russische Bataillone sollen ein türkisches überfallen haben. Die Türken zogen sich mit unbedeutendem Verluste zurück; es fielen aber 15 Kanonen und die ganze Bagage in die Hände des Feindes. Hierauf plünderten die Russen die Stadt und steckten den fürstlichen Palast und die nahe gelegenen Dörfer in Brand.

## Großbritannien und Irland.

London, 8. Februar. [Staatsfinanzen.] In einem Artikel über die Kriegskosten gelangt die „Times" zu dem Schlusse, daß England sich noch vor Ablauf des gegenwärtigen Jahres, gleichviel, ob der Friede zu Stande komme, oder nicht, zu einer neuen Anleihe von 16 bis 20 Millionen Pfd. St. genöthigt sehen werde. „Den amtlichen Berichten zufolge", bemerkt sie, „tragen die Kriegskosten bis jetzt nicht jenen furchtbaren Charakter, mit welchem die ältere Klasse unserer Leser vertraut ist. Die des vergangenen Jahres sind durchaus nicht mit denen der späteren Jahre des letzten großen Krieges zu vergleichen, oder mit den Verlusten, welche England durch tolle Eisenbahnspekulationen, leichtfertige Handelsgeschäfte, Vorschüsse an neue Staaten, Geschäftsschwindel, ja selbst durch eine schlechte Ernte erlitten hat. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß wir nöthigenfalls den Krieg gegen Rußland mit Leichtigkeit in weit großartigerem Maaßstabe führen könnten, als gegenwärtig. Unsere Ausgaben waren im vergangenen Jahre um 21,141,183 Pfd. St. größer, als unsere Einnahmen. Es ist erst zwei bis drei Jahre her, daß wir jährlich einen Ueberschuß von mehreren Millionen hatten; ja selbst noch in dem uns vorliegenden Berichte über das Finanzergebniß von 1855 ist, seltsam genug, die Zahlung von 19,557 Pf. St. an die Kommissäre für die Reduktion der Staatsschuld in Gemäßheit der Akte, welche eine solche Verwendung des Ueberschusses gebietet, aufgeführt. Ein Kriegsjahr hat die Differenz gegen uns zehn Mal so groß gemacht, wie sie früher für uns war. Und dabei ist noch in Anschlag zu bringen, daß unsere Steuer bedeutend zugenommen hat. Im vorigen Jahre erzielten wir ein Einkommen von 63,364,605 Pfd. St., d. h. ungefähr 15 Mill. Pfd. St. mehr, als in irgend einem der letztvergangenen Jahre. Blos eine einzige Steuer, die wir gerade ganz aufzuheben im Begriffe waren, aber statt dessen im vorigen Jahre verdoppelten (die Einkommensteuer), hat 13,718,185 Pfd. St. eingebracht, — eine größere Summe, glauben wir, als je in einem Volke, so lange die Welt steht, der Ertrag einer direkten Steuer gewesen ist. Die Zölle brachten im verflossenen Jahre 20,987,752 Pfd. St. ein. Allein nun kommt die Kehrseite des Gemäldes. Unsere Anstalten zur Landesvertheidigung kosteten uns nahe an 50 Mill. Pfd. St.; ja, wenn wir die ganze Wahrheit jetzt wissen könnten, so würde vermuthlich eine noch weit höhere Summe herauskommen. Davon hat uns das Heer 14,545,059 Pfd. St., die Flotte 19,014,708 Pfd. St. und das Feldzeugamt 9,632,290 Pfd. St. gekostet. Außerdem ward ein Kredit von 5 Mill. für außerordentliche, durch den Krieg verursachte Ausgaben votirt. Noch vor sieben Jahren pflegte ein ausgezeichneter Staatsmann zu sagen, wenn er wieder an's Ruder gelange, so getraue er es sich zu, die ganze Landesvertheidigung mit 10 Mill. Pfd. St. zu bestreiten, und das war auch das Ziel, auf welches Herr Cobden hinstrebte. In Wirklichkeit haben wir aber für das Feldzeugamt allein so viel verausgabt." (D. E. C.)

— [Kriegskosten.] Die „Morn. Post", das Organ Lord Palmerston's, erklärt die Verzichtleistung Englands und Frankreichs auf die Kriegskosten zu Gunsten Persiens (s. Nr. 36), wie folgt: In der Antwort des Grafen Nesselrode auf das Esterhazy'sche Ultimatum war die russische Annahme der fünf Punkte, obgleich so zu sagen, pure et simple, doch von dem Ausdruck der Hoffnung, der beinahe einer Bedingung gleichkam, begleitet, daß man Rußland nicht zumuthen werde, eine Geldentschädigung zu leisten. Wir haben noch nicht die amtliche Antwort darauf gesehen, zweifeln aber nicht, daß man Rußland zu verstehen gab, es brauche eine solche Forderung weder von England, noch von Frankreich zu gewärtigen. Bei der finanziellen Erschöpfung Rußlands wäre die Erfüllung einer solchen Stipulation eine Unmöglichkeit, und die Westmächte machen sich eine Ehre daraus, ihre eigenen Kosten selbst zu tragen. Anders verhält es sich mit der Türkei und Persien, welche Rußland in früheren Zeiten nicht nur angriff und schädigte, sondern obenein zahlen ließ. Die Ansprüche der Türkei wird die Pariser Konferenz nicht zu schnell über Bord werfen. Vor der Hand liegt uns mehr daran, zu erinnern, daß Rußland noch eine, wenigstens 30 Jahr alte, Entschädigungs-Forderung an Persien in petto hat. Die Schuld ist durch einen persischen Friedensvertrag anerkannt, sowie durch die Thatsache, daß Persien seine Kronjuwelen dafür in Pfand gab. Später, als der Sohn des Abbas Mirza mit russischer Hülfe zur Regierung gelangte, hatte der Kaiser die Großmuth, die Juwelen herauszugeben, behielt sich aber als Mittel politischer Beeinflussung das Recht vor, die Schuld gelegentlich einzutreiben. Nach der russischen Besetzung von Asterabad zum Beispiel, wurde die Beschwerde Persiens darüber geschwind zum Schweigen gebracht, indem der Gesandte des Kaisers als mahnender Gläubiger auftrat. In gleicher Weise hätten die Verbündeten das Recht, wenn Rußland seine finanzielle Erschöpfung vorschützt, zu entgegnen, daß sie sich für jetzt mit der vertragsmäßigen Anerkennung der Kriegsschuld begnügen. Aber die Verbündeten sind zu edel und hochherzig, um eine Politik der Art auf ihren Genossen in Europa, auf einen Staat anwenden zu wollen, von dem sie hoffen, daß er bald wieder seine hohe Stellung unter den souveränen Friedenshütern der Welt einnehmen wird. Doch dürfen sie mit gutem Fug verlangen, daß Rußland seine persischen Geldforderungen vollständig fallen lasse; nicht, daß Persien dies um die Verbündeten verdient hätte, sondern weil es im Interesse aller übrigen Nationen liegt, die Unabhängigkeit Persiens wieder hergestellt zu sehen, in der Hoffnung, daß es dem guten Beispiel der Türkei folgend, sich bemühen werde, seinen Unterthanen die Wohltbaten einer nach festen Grundsätzen geregelten Regierung zu Theil werden zu lassen. Schlägt dieses Mittel fehl, um Persien wieder aufzurichten, so bleibt immer noch die Möglichkeit vorhanden, daß durch irgend einen nationalen Entschluß ein Mann von Energie auf den Thron gehoben wird und, wie Nadir Schah, den Beweis liefert, daß die Nation, welche einen Darius und einen Schapur hervorgebracht hat, ihrer Lebensfähigkeit noch nicht beraubt ist. Man glaube aber nicht, daß wir nur das Interesse England's dabei im Auge haben und von der Furcht getrieben sind, daß Persien den Russen als Brücke nach Indien dienen könnte. Für Indien ist uns nicht bange. Abgesehen davon, daß Persien, selbst wenn es unter die dauernde Schirmherrschaft des Kaisers geriethe, die Hülfsquellen Rußland's mehr erschöpfen, als nähren würde, so liegen zwischen diesem Reich und Indien noch die Berge, Wüsteneien und trotzigen Kriegerstämme von Afghanistan. Durch die Brille solcher antienglischen Vorurtheile wird man in Paris die russisch-türkischen Beziehungen gewiß nicht ansehen. Die Vernichtung des persischen Schuldbuchs muß einen wesentlichen Bestandtheil der allgemeinen Ausgleichung bilden. (D. E. C.)

London, 8. Febr. [Der Zwist mit Amerika.] In der heutigen Abendsitzung des Unterhauses hat Cobden die Regierung von Neuem über den Stand der Beziehungen zu Amerika interpellirt. Er führte über die Sprache der ministeriellen Journale Klage, welche die kriegerischen Leidenschaften aufreizten. Lord Palmerston vertheidigte die Auslegung des Bulwer-Clayton-Vertrages, wie sie von Seiten der engl. Regierung erfolgt ist, erkannte indeß an, daß bei der Schwierigkeit der Sache dieselbe Schiedsrichtern unterbreitet werden müsse. (Herr Buchanan soll von diesem Vorschlage nicht recht viel wissen wollen. D. R.) In Betreff der Werbungen hätte das engl. Kabinet sich in einer Weise entschuldigt, die Hrn. Buchanan's Aeußerungen zufolge für genügend erachtet worden seien. Lord Palmerston sprach den Wunsch aus, jeden Gedanken an einen Krieg mit Amerika beseitigt zu sehen, da er überzeugt sei, daß, wenn man von beiden Seiten im Geiste der Gerechtigkeit und Billigkeit verfahre, die vernünftigen Erklärungen Englands als annehmbar und zufriedenstellend betrachtet werden müßten. Diese Aeußerungen wurden stark applaudirt. (Wir geben morgen die vollständigen Reden. D. Red.)

— [Oberhaus.] Das Ministerium hat in einer Verfassungsfrage, die Ausübung einer der Prärogativen der Krone betreffend, heute Morgen im Oberhause eine Niederlage erlitten (s. unter London in Nr. 36). Es hatte in einem ungewöhnlich zahlreich versammelten Hause eine Majorität von 33 Stimmen gegen sich. Der Antrag Lord Lyndhurst's, das Patent, durch welches der Richter Sir James Parke (vom Schatzkammergericht) unter dem Titel eines Baron Wensleydale von Wensleydale zum lebenslänglichen Baron des Vereinigten Königreichs ernannt worden, dem Privilegien-Komité des Oberhauses zu überweisen, mit der Aufforderung, daß dasselbe dieses Patent prüfe und erwäge und dem Hause darüber Bericht erstatte, wurde nach einer zehnstündigen Debatte (die Sitzung begann um 5 Uhr gestern Abend und schloß heute früh um 3 Uhr) mit 138 gegen 105 Stimmen angenommen, obgleich die Regierung sich demselben widersetzte.

In der heutigen Abendsitzung des Oberhauses beantragte der Earl von Granville die erste Lesung einer Bill, welche die Ernennung eines Unterrichts-Ministers, der Sitz im Unterhause haben soll, bezweckt. Derselbe soll den Titel „Vice-Präsident des Unterrichts-Ausschusses" (Vice-President of the Commitee of Council on Education) führen. Die Details der Bill, erklärt der Antragsteller, werde er gelegentlich der zweiten Lesung auseinandersetzen. Earl Grey richtet, da Lord Lyndhurst nicht anwesend ist, an Lord Campbell die Frage, welches Verfahren die Regierung in Bezug auf den durch die Debatte über die Ernennung Lord Wensleydale's beschlossenen Privilegien-Ausschuß einzuschlagen gedenke und wann der Ausschuß seine Sitzungen beginnen werde. Lord Campbell entgegnet, er vermöge diese Frage nicht zu beantworten, drückt jedoch die Hoffnung aus, daß die Regierung den Ausschuß unnöthig machen werde, indem sie voraussichtlich der Königin anempfehlen werde, Sir J. Parke ein neues Ernennungspatent zu verleihen, welches die Peerswürde in seiner Familie zu einer erblichen mache. Dadurch werde die ganze Streitfrage erledigt werden. Der Earl v. Derby spricht die Hoffnung aus, daß die Regierung sich zu diesem Schritte entschließen werde, da man auf diesem Wege einen Konflikt über die Prärogative der Krone vermeide. Das Haus vertagt sich hierauf.

— [Offiziersbiographien.] Die „Times" bringt heute die kurze Lebensbeschreibung einiger der 20—30 Offiziere, welchen vor Kurzem als

Lohn für ihre in dem gegenwärtigen oder im Halbinselkriege geleisteten Dienste der Bathorden verliehen wurde. Darunter befinden sich General Williams, Kontre-Admiral Richard Saunders Dundas (der vorigjährige Befehlshaber in der Ostsee, nicht der ehemalige Befehlshaber im Schwarzen Meere) und General Burgoyne. Der muthige Vertheidiger von Kars, Brigade-General William Fenwick Williams, ward im Jahre 1809 geboren und erhielt seine militärische Erziehung auf der königl. Militärakademie zu Woolwich. Im Jahre 1825 trat er als Sekonde-Lieutenant bei der Artillerie ein; zwei Jahre später ward er Premier-Lieutenant und im Jahre 1840 Hauptmann. In der auf das letzterwähnte Jahr folgenden Zeit ward er in der Türkei in diplomatischen Aufträgen verwandt. In Erzerum verhandelte er als britischer Kommissar mit den türkischen und persischen Bevollmächtigten und nahm an den Konferenzen Theil, welche dem daselbst im Mai 1847 unterzeichneten Vertrage vorhergingen. Im Juni des folgenden Jahres ward er zum britischen Kommissar Behufs der Regulirung der türkisch-persischen Grenze ernannt. 1846 ward er in Anerkennung seiner, in der Türkei geleisteten militärischen und diplomatischen Dienste zum Major, und im März 1848 wegen seiner in Erzerum geleisteten politischen Dienste zum Obersten befördert. Im August 1854 ward er zum britischen Kommissar beim türkischen Heere und am 19. Dezember desselben Jahres zum Brigade-General ernannt. Kontre-Admiral Richard Saunders Dundas ist der Bruder und muthmaßliche Erbe des General-Majors Viscount Melville, der gegenwärtig kommandirender General in Schottland ist. Er ward im Jahre 1802 im Schlosse Melville geboren und trat 1815 in die Flotte. Als sein Vater, Lord Melville, Marineminister war, in den Jahren 1828—1830, fungirte er als dessen Privat-Sekretär. Im Jahre 1841 nahm er an dem chinesischen Kriege Theil. Im Dezember 1852 ernannte ihn Lord Aberdeen zu einem der Lords der Admiralität, und auf diesem Posten verblieb er, bis ihm im Frühlinge des verflossenen Jahres der Oberbefehl über die Ostseeflotte übertragen wurde. Der für seine bei der Belagerung von Sebastopol geleisteten Dienste zur Baronet-Würde erhobene Sir John Fox Burgoyne trat im Jahre 1798 ins Geniekorps, wohnte der Blokade von Malta und der Uebergabe von Valette im Jahre 1800 bei, machte den Feldzug in Aegypten unter Sir R. Abercromby im Jahre 1801 mit und war bei der Einnahme von Alexandria, so wie bei dem Angriff auf Rosette zugegen. Auch an den Feldzügen auf der pyrenäischen Halbinsel nahm er Theil und war beim Rückzuge von Corunna, dem Uebergang über den Duero und dem Gefechte bei Salamonde, wo er das Fort Concepcion Angesichts des Feindes in die Luft sprengte, zugegen. Auch machte er die Schlacht bei Busaco, den Rückzug nach Lissabon und die Belagerung von Badajoz im Jahre 1811, so wie die Schlacht von Elbodau, die Belagerung von Ciudad Rodrigo, die zweite Belagerung von Badajoz, die Belagerung und Einnahme der Forts von Salamanca, die Schlacht bei Salamanca und den Marsch nach Madrid mit. Bei Burgos ward er verwundet und wohnte der Schlacht bei Vittoria und der Belagerung und Erstürmung von San Sebastian, wo er wiederum verwundet wurde, bei. In den Schlachten von Nivelle und Nive und bei der Blokade von Bayonne war er gleichfalls zugegen. Später diente er im amerikanischen Kriege und nahm im Januar 1815 am Angriffe auf die Linien vor New-Orleans und an der Einnahme des Forts Bowyer Theil. Auf der Krimm ward ihm von Lord Raglan die Leitung der Belagerungsarbeiten anvertraut; doch erhielt er im April des vorigen Jahres Sir Harry Jones zum Nachfolger auf diesem Posten und kehrte bald darauf nach England zurück.

— [Bevölkerung.] In London sind im vorigen Jahre 61,506 Personen gestorben und 84,944 Personen geboren worden. Die Gesammt-Bevölkerung der Hauptstadt in der Mitte des Jahres wird auf 2,565,579 Seelen geschätzt.

— [Für das Arsenal von Woolwich] sind, wie die „Times" berichtet, neuerdings viele Arbeiter angeworben worden. Es sind gegenwärtig daselbst 9000 Menschen beschäftigt, und im Laufe des gestrigen Tages allein wurden 46,000 Pfd. Schießpulver zu Patronen für grobes und kleines Geschütz verarbeitet. Es werden täglich 2000 Bomben und 200,000 Musketen-Patronen gefüllt, und für die neue Gießerei haben bereits die Vorarbeiten begonnen. — Die Aufstellung der aus Sebastopol und anderen Orten heimgebrachten russ. Trophäen ist jetzt durch Zugabe von 20 Kanonen und Mörsern vervollständigt worden.

## Frankreich.

Paris, 10. Febr. [Frankreich und England; die Börsenmänner.] Man schreibt der B. B. Z.: Wollte man annehmen, Frankreich und England seien über die Auffassung des fünften Punktes einig, so würde man nicht wenig fehl gehen. Es bestehen noch dieselben materiellen und formellen Meinungsverschiedenheiten, rücksichtlich dieser Frage, welche die Besorgniß einflößen müssen, daß wir, je näher dem Anfange der Konferenzen, um so näher auch dem Ende des anglo-fränkischen Bündnisses treten. — Die finanziellen Kreise glauben fest an den Frieden, und es stände schlimm um sie, wenn der Erfolg diesen Glauben nicht rechtfertigen sollte. Man kümmert sich daher wenig mehr um die diplomatischen Subtilitäten, man eskomptirt die gehoffte Beendigung des Krieges im Großen und Ganzen, und wird mit der Regierung über den Preis nicht rechten, für welchen sie dieses Ziel erkaufen müßte. Die Gerüchte von einer neuen Anleihe erhalten sich. Man spricht davon, daß dem gesetzgebenden Körper, der in den ersten Tagen des März zusammentritt, eine Eröffnung darüber gemacht werden wird. Die haute banque rüstet sich im Uebrigen ihrerseits bereits zur Theilnahme am Kongreß. Die „großen Häuser", die Fürsten und Herren der Börse, werden die Diplomatie bewirthen, und es giebt Sanguiniker unter ihnen, welche die Kaiser von Oesterreich und Rußland in den Sommermonaten in Paris zu sehen hoffen. (!) Wo gezimmert wird, fallen Spähne. Von diplomatischen Konferenzen zu finanziellen Negoziationen ist nur ein Schritt. Und in der That scheint sich außer unserer heimischen Anleihe Mancherlei in dieser Richtung vorzubereiten. Auch eine Reise, die James v. Rothschild morgen nach Brüssel antreten wird, bringt man mit derartigen Zwecken in Verbindung.

— [Der älteste General.] Der Divisionsgeneral in der Reserve, Baron Despeaux, ist auf den Vorschlag des Kriegsministers zum Großkreuz der Ehrenlegion befördert worden. Wie der „Moniteur" bemerkt, ist Despeaux, der im Jahre 1761 geboren wurde, gegenwärtig der älteste General in Europa. Er trat 1776 als gemeiner Soldat in die Armee und wurde 1794 zum Divisionsgeneral ernannt. In den sieben Feldzügen, die er mitmachte, wurde er zweimal schwer verwundet und büßte das rechte Auge ein.

— [Die Beziehungen des französischen Hofes] zu der Petersburger Regierung sind schon jetzt die besten. Man spricht von eigenhändigen Briefen, die zwischen dem Kaiser der Franzosen und dem Czaren Alexander ausgewechselt worden seien (?). Sie können übrigens auch aus den halboffiziellen Blättern ersehen, wie die Lage der Dinge eigentlich ist. Der „Constitutionnel" geht in seiner Petersburger Korrespondenz sogar so weit, von der Liebe des Czaren für die Franzosen zu sprechen! Am Zustandekommen des Friedens ist übrigens kaum noch zu zweifeln. Napoleon III. wird sich um so besser mit den russischen Bevollmächtigten verstehen, als Herr v. Brunnow, nebenbei gesagt, ein eifriger Friedensfreund, von London her ein Freund des Kaisers der Franzosen ist. Die englische Regierung kennt die Lage der Dinge genau; es ist aber noch sehr zweifelhaft, ob sie Energie und Muth genug hat, um mit einem kräftigen Worte dazwischen zu treten. (K. Z.)

— [Prinz Napoleon.] Die Regierungs-Journale haben vor Kurzem angezeigt, daß Prinz Napoleon sich in diesem Augenblick ein prächtiges Hotel, Avenue Montaigne u. Rue Jean Goujon, zwischen seinen Pferdeställen und dem gothischen Schlosse, erbauen lasse. Bei der Gelegenheit haben einige auswärtige Blätter gemeint, daß die finanziellen Hülfsmittel des Prinzen für ein so kostspieliges Unternehmen nicht hinreichend seien, wobei sie jedoch in einem Irrthume befangen sind. Vor dem Staatsstreiche lebten freilich Prinz Hieronymus und sein Sohn in keinen besonders glänzenden Verhältnissen, und nur die Prinzessin Mathilde, die von ihrem Gemahle, dem Grafen Demidoff, eine Pension von 200,000 Fr. bezog, machte eine stattliche Figur in der Welt. Die Verhältnisse sind aber natürlich seitdem anders geworden. Nach Artikel 16. eines Dekrets vom 12. Dez. 1852 hat der Senat bestimmt, daß die Prinzen und Prinzessinnen der kaiserlichen Familie eine jährliche Summe von ein und einer halben Million erhalten sollen. Wie man weiß, besteht diese Familie aus dem Prinzen Hieronymus, seinem Sohne und seiner Tochter. Die Repartition der Summe geschieht nach dem Willen des Kaisers selbst, und Prinz Hieronymus u. sein Sohn erhalten jeder 600,000 Fr., die Prinzessin 300,000 Fr. davon. Prinz Napoleon bezieht außerdem als Divisions-Gen. 15,000 Fr., als Senator 30,000 Fr. und als Staatsrath 25,000 Fr., so daß sein ganzes Einkommen jährlich 670,000 Fr. beträgt. Fügt man zu dieser Ziffer noch dasjenige, was der Kaiser, der sehr freigebig ist, aus seiner Schatulle hinzufügt, so dürfte denn doch wohl Prinz Napoleon hinreichende Mittel besitzen, um sich ein Hotel erbauen zu lassen.

Paris, 10. Febr. [Die Konferenzen; über die in Aussicht stehende Taufe; die Gährung in den Departements.] Die Fragen, welche Paris bezüglich der Konferenzen heute diskutirt, sind überaus äußerlicher Natur und beziehen sich beinahe ausschließlich auf die Hotels, in welchen die Gesandten wohnen werden. In dieser Hinsicht kann ich mittheilen, daß für Lord Clarendon der Palast des verstorbenen Salomon v. Rothschild in der Rue Lafitte in Stand gesetzt wird. Aber auf das gehoffte, hie und da auch wohl gefürchtete, Zusammentreffen der Konferenz mit der Entbindung der Kaiserin komme ich heute noch einmal zurück, um zu erwähnen, daß das Gerücht von dem erwarteten Besuche des Kaisers von Oesterreich hierdurch erst seinen Inhalt und seine eigentliche Bedeutung erhält. Kaiser Franz Joseph, heißt es nämlich, sei zum Pathen des zu erwartenden Kaiserkindes bestimmt. Oesterreich soll das Kind Frankreichs aus der Taufe heben, und dieser interessante Gedanke soll denn die Gemüther in den Tuilerien dermaaßen berauscht haben, daß sie die Macht der Reminiszenzen und das Omen der Analogie nicht einmal fürchten. Oesterreich ist kein glückverheißender Pathe für einen Napoleoniden. Die gleichzeitige Anwesenheit des Kaisers von Rußland, welche unsere Sanguiniker gleichfalls träumen, wird wohl ein Traum bleiben. Neben dem Kaiser von Oesterreich nennt man Oheim Jerome als Pathen. Die Königin von England ist nicht admissible, da sie nicht katholisch ist. Sie kann dieser Taufe um so weniger assistiren, als die Anwesenheit eines Gastes mit Eifer betrieben wird, welcher dem Taufakt die höchste Weihe geben soll, welche die Kirche zu geben vermag. Man spricht davon, daß Louis Napoleon alle Mittel anwende, um den Papst zur Reise nach Paris zu bewegen, und die Voltairianer zittern schon bei dem Gedanken an die Opfer, welche den Preis dieses Besuches ausmachen möchten. — In Verbindung mit den dumpfen Gerüchten über politische Bewegungen und Verhaftungen in den Departements des Südens spricht man von Verhandlungen des Gouvernements mit der Schweiz wegen der Ausweisung Flocon's. Flocon, Handelsminister unter dem Regime Lamartine, wird als der Verfasser und emsige Verbreiter einer großen Anzahl sozialistischer Schriften genannt, welche die Departements überschwemmen, und die bei allen Verhafteten in großer Zahl vorgefunden sein sollen.

— [Die Stellung der Konferenzmächte.] Eine Mittheilung des „Moniteur" (vergl. die telegr. Depesche in Nr. 36) zeigt, daß trotz des Einspruchs Oesterreichs den Reklamationen Sardiniens doch schließlich entsprochen ist. Da dasselbe, wie die übrigen Staaten, durch den Minister des Auswärtigen und den Gesandten in Paris vertreten sein wird, so ist nicht zu bezweifeln, daß die geforderte Gleichberechtigung endlich gewährt worden ist. Es ist damit versucht worden, eine Inkonsequenz zu mildern, obwohl dieselbe keineswegs beseitigt worden. Entweder man muß an der Idee festhalten, daß alle großen europäischen Fragen ausschließlich durch die fünf Großmächte zu entscheiden sind, auch abgesehen von dem Grade der Aktivität, mit der sie in eine bestimmte vorliegende Verwickelung eingegriffen haben. Der ganze letzte Krieg galt dann nur als ein unbequemer Zwischenfall, und die Pariser Konferenz würde auf derselben Grundlage eröffnet, auf welcher vor drei Jahren die Wiener zusammengetreten war. Von diesem Standpunkte aus sind auch Preußen und Oesterreich, obwohl nicht kriegführende Parteien, gleichberechtigte Schiedsrichter. Anders gestaltet sich die Ansicht, wenn gegen jenen Areopagus überhaupt Verwahrung eingelegt, oder seine Befugniß doch nur insoweit anerkannt wird, als es sich um die zuvorkommende Schlichtung einer Angelegenheit handelt, welche einen Krieg zwischen gewissen Großmächten herbeiführen könnte, aber thatsächlich nicht herbeigeführt hat. Soll, im Falle derselbe nicht abzuwenden gewesen, dann nur noch der Grundsatz gelten, daß ausschließlich den kriegführenden Parteien der Abschluß des Friedens zusteht, so stand das bisherige Verfahren gegen Piemont damit im Widerspruche.

Die Stellung Oesterreichs hat in den ganzen gegenwärtigen Konflikt von Anfang an eine sich immer steigernde Verwirrung gebracht und auch im jetzigen Augenblicke keines jener beiden Prinzipien zu klarer Durchführung gelangen lassen. Die Pariser Konferenz ist eine andere als die Wiener, Londoner u. s. w., denn ein Staat zweiten Ranges, wie Piemont, betheiligt sich an derselben als gleichberechtigte Partei, während der Sitz einer Großmacht leer bleibt. Und doch bezeugt nicht nur das Schwanken in dieser Beziehung, sondern auch die Stellung, die einer andern Großmacht eingeräumt wird, obwohl sie keinen Schuß Pulver aufgewendet hat, daß es sich auch wieder nicht um einen bloßen Abschluß zwischen kriegführenden Parteien handelt. So bleibt jener Stempel des Zwitterhaften, der diesen ganzen Abschnitt der Historie von Anbeginn kennzeichnete, demselben bis ans Ende aufgeprägt. (N. Z.)

## Schweiz.

Bern, 7. Febr. [Die Bundesversammlung] schließt heute ihre Sitzungen. Nachdem der Ständerath im Westbahnkonflikt den wesentlichen Bestimmungen des nationalräthlichen Beschlusses beigetreten war, schloß er sich auch dessen Meinung hinsichtlich des Vertrages mit Großbritannien, der Bahnhoffrage von Solothurn, so wie hinsichtlich des Konflikts in Neuenburg an. (F. P. Z.)

## Italien.

Rom. — [Päpstliche Antwort.] Die „Epoca" enthält einen theilweisen Auszug aus der Antwort der päpstlichen Regierung (Rom, 14. Januar) auf das Memorandum der spanischen. Der heilige Stuhl weist im ersten Theil die Beschuldigung der spanischen zurück: „es sei der vorliegende Streit nicht der erste, worin der römische Stuhl seine ökonomischen und administrativen Fragen in religiöse verwandelt und sich in einen Kampf eingelassen habe, worin es sich allein um weltliche und materielle Interessen handle"; sie hält an dem Grundsatz fest, der Verkauf der Kirchengüter lasse sich nicht als ökonomischer, administrativer, zeitlicher und weltlicher Akt bezeichnen, sondern als eine That gegen die Grundsätze der allgemeinen Disziplin der Kirche(!), welche von der Natur, Form und Konstitution unzertrennlich sei, die derselben ihr göttlicher Urheber gegeben habe, auf denen ein wesentliches, unverjährbares, unleugbares, von allen katholischen Völkern anerkanntes, durch Dekrete und Straffanktionen der Konzilien geschütztes und bekräftigtes Recht beruhe — letzteres besonders durch diejenigen des Konziliums von Trient, welches für Spanien Gesetz sei — Grundsätze, die der heilige Stuhl vertreten und wahren müsse. Weiterhin wird die Verantwortlichkeit für das Unheil zurückgewiesen, welches die Bekanntmachung der nach Ansicht des heiligen Stuhls unvollständigen Dokumente verursachen würde, wenn Feinde der Ordnung sie zur Störung derselben benutzen sollten; letztere würde im Gegentheil die nothwendige Folge des Verfahrens der spanischen Regierung sein. In Bezug auf die spanische Expedition von 1849 werde der heilige Stuhl in Worten und Thaten seine wahrhafte Dankbarkeit äußern, indeß diese habe ihre Grenze und würde zum Vergehen, wenn man sie der Erfüllung heiliger Pflichten opfere; Se. Heiligkeit würde die Leistung des Beistandes mit Abscheu zurückgewiesen haben, wenn dabei die geringste Andeutung zukünftiger Folgen zum Schaden der Kirche oder Interessen der Kirche gegeben wäre. Alsdann wird die katholische Lehre über die Konstitution der Kirche dargelegt, welcher die Grundlage des Memorandums und das Verfahren der spanischen Regierung seit 1854 widerstreite; dieselbe habe Ueberschreitungen in das Gebiet der Kirche gethan, die Uebertragung heiliger Grade verhindert, sich als Richter aufgestellt, um die Fähigkeit der Ordinirten zu würdigen, in dieser Hinsicht die Gerechtsame der Bischöfe beschränkt und sich sogar die Bestimmung der Zahl für die Diener des Altars angeeignet; sie habe erklärt, daß einige Bischöfe nicht allein eine feindliche, sondern rebellische und strafbare Stellung eingenommen hätten, und sie wegen der Vertheidigung eines Rechts, welches sich aus der Konstitution der Kirche ergebe und dessen Wahrung ihre Pflicht sei, bestraft; sie habe sich die Gewalt angemaßt, über das Kircheneigenthum ohne Einwilligung des heiligen Stuhls zu verfügen oder ihm eine Form zu geben, die sie für die passendste halte, so daß sie dadurch die Kirche jeder andern vom Staat abhängigen Gesellschaft gleich stelle, als sei dieselbe durch das bürgerliche Gesetz geschaffen worden. Alsdann wird Beschwerde über eine letzte Handlung der Regierung erhoben, wodurch die Bulle ineffabilis Deus unberücksichtigt geblieben sei — ein sowohl der päpstlichen Würde wie dem katholischen Glauben feindliches Verfahren, welches selbst den spanischen Gesetzen und den Gefühlen des Volks widerstrebe, dessen Nationalruhm und bleibender Glauben leider von der Regierung, einer Nachfolgerin des frommen Karls III., vergessen sei. In Spanien, wo ein altes Gesetz bestimme, daß Niemand die akademischen Grade erlange ohne vorhergehenden Schwur, die unbefleckte Empfängniß der Jungfrau zu vertreten, werde gestattet, daß man den entgegengesetzten Irrthum öffentlich und privatim, ungeachtet der feierlichen Festsetzung des Dogma, vertrete und lehre. In Bezug auf das Konkordat, welches die katholische Religion als die einzige der Nation, mit Ausschließung jedes andern Kultus, bestimme, werde dieser Artikel durch die Zulassung jeder andern, ohne weitere Ausnahme als deren Privatübung, verletzt, um so mehr, da im Konkordat hinzugefügt sei, daß die katholische Religion auch stets die „einzige der Nation bleiben solle." (Es scheint doch, als wären von der früher gemeldeten „versöhnlichen Sprache" nicht sonderlich viel Spuren in dieser Antwort.)

## Spanien.

Madrid, 8. Febr. [Depesche.] Der Finanzminister Bruil hat seine Entlassung eingegeben. (Man wird das vielseitig bedauern, denn inner- und außerhalb Spaniens knüpfte man manche Hoffnungen an seine Verwaltung; d. Red.) Er wird durch Santa Cruz ersetzt.

— [Ernennung; Telegraphenlinien.] Die Madrider Zeitung vom 2. Febr. bringt die Ernennung des Cortes-Deputirten Lopes Infantes zum Gouverneur der Provinz Segovia. — Nach der Espana hat die Königin, unter Gutheißung der von drei verschiedenen Unternehmern eingereichten Vorschläge, die Errichtung von acht telegraphischen Linien, worunter die von Madrid nach Yelves, genehmigt und jenen Unternehmern zur Ausführung übertragen.

— [Finanzmaaßregeln; die Karlisten; Nationalgüterverkauf.] Der neue Finanzminister Santa Cruz verzichtet auf Herstellung der Oktroigebühren. Er wird die schwebende Schuld in freiwillige konsolidirte Schuld umwandeln. — Aus Perpignan wird in der „Madrider Zeitung" gemeldet, daß die Karlisten sich wieder zu rühren anfangen. Cabrera bemüht sich, gegen den Willen Elio's, Arevalo's, Arroyo's und Anderer, die nur noch Werkzeuge des Grafen Montemolin sind, und jede neue Schilderhebung laut mißbilligen, seine Anhänger aufzurütteln. Nichtsdestoweniger verfolgen die Klubs von London, Paris 2c. ihre Pläne und bemühen sich hauptsächlich, auf die Armee einzuwirken. — Wie man aus Madrid, 9. Februar, meldet, ist von dem Ministerium der Befehl ertheilt, das Gesetz über den Verkauf der Nationalgüter in den baskischen Provinzen zur Ausführung zu bringen.

## Türkei.

Konstantinopel, 30. Januar. [Stimmung der Griechen; Rüstungen; Rothschild.] Eines der jetzt am weitesten verbreiteten Gerüchte, welches namentlich die niederen Volksklassen vielfach beschäftigt, und ihrer Anschauung von der Sachlage zur Basis dient, ist das von der Vergiftung des Kaisers Alexander II. Es geht von den Griechen aus, die mit dem Frieden, wenn Rußland dabei eine bedeutende Einbuße erleiden sollte, selbstredend wenig einverstanden sind. — Soviel man beobachten kann, dauern hier die Rüstungen ungeschwächt fort, und es ist darin eher eine Zunahme der Thätigkeit, wie eine Abnahme zu erkennen. Imposant sind die Massen von Pferden, die man hier durchziehen sieht. Sie sind, wie die aufliegenden Packsättel zeigen, nur zum Lasttragen (für die Bagage) bestimmt, und lassen darauf schließen, daß man, wenn es zu einer neuen Kampagne kommen sollte, demnächst größere Dinge in Asien in Angriff zu nehmen gedenkt. Man redet viel von den außerordentlichen Anstrengungen, die türkischer Seits zu diesem Zweck gemacht werden sollen, und daß man auf dem bezeichneten Theater eine kombinirte englisch-osmanische Armee werde auftreten sehen. — Ich bedauere, Ihnen über den Zweck des hiesigen Aufenthalts von Alphonse Rothschild nichts Näheres angeben zu können. Dieser Finanzmann scheint eine mehrfache Zweckverbindung hier zu verfolgen und nicht nur wegen der Bank, sondern auch in Angelegenheiten einer wahrscheinlich ehestens wieder nothwendig werdenden Anleihe, und endlich wegen einer jüngst in Anregung gebrachten Kolonisation von Palästina (respektive Syrien im weiteren Sinne) durch Juden, auch hier zu befördern. Vom Sultan wurde derselbe in sehr auszeichnender Weise behufs einer längeren Kon-

ferenz empfangen. Seine Abreise nach Jerusalem soll ehestens bevorstehen. (O. Z.)

Konstantinopel, 31. Jan. [Konferenzen.] Die Berathungen zwischen den auswärtigen Gesandten und den ottomanischen Ministern über die Rechte der christlichen Unterthanen der Pforte waren beendigt; ihr Schluß war durch ein großes diplomatisches Bankett gefeiert worden. Der preußische Gesandte hatte jenen Konferenzen nicht beigewohnt, jedoch auch nicht dagegen protestirt. Die auf Reorganisirung der Donau-Fürstenthümer bezüglichen Konferenzen sollten wieder aufgenommen werden, sobald Lord Stratford de Redcliffe die Instruktionen erhalten haben würde, welche er von seiner Regierung verlangt hatte. Schließlich sollten besondere Konferenzen gehalten werden in Bezug auf das den Europäern in der ganzen Ausdehnung des ottomanischen Reiches zu bewilligende Recht, Grundbesitz zu erwerben, indem Herr von Thouvenel darein gewilligt hatte, daß diese Frage für sich behandelt werde. Die Pforte räumt das Prinzip ein, verlangt jedoch als Konsequenz desselben die vollständige Gleichstellung der Christen mit den Muselmännern in Bezug auf die Entrichtung der Steuern, auf die Konskription, mit einem Worte: auf alle Gesetze des Reiches.

## Asien.

Arabien. [Der Aufstand von Hedjas.] Bekanntlich ist in dem gebirgigen Küstenlande am nördlichen Theile des arabischen Meerbusens, über welches der türkische Sultan als Nachfolger Muhameds nur eine wenig beachtete Oberherrlichkeit und gewisse Rechte, z. B. Besatzung in einigen Städten, hat, ein Aufstand gegen die Türken ausgebrochen. Der Moniteur vom 8. enthält eine Nachricht aus Dschidda (Hafenstadt in der Nähe von Mekka) vom 13. Dezb. über den Aufstand in Hedjas. Die Truppen des Sultans überschritten die Daharalinie ohne Kampf, Mekka ist wieder in die Gewalt der Türken gefallen.

## Musterung Polnischer Zeitungen.

[Die Politik Napoleons.] Der Pariser Korrespondent des Czas hat wenig Vertrauen zur Friedenspolitik Napoleons, so sehr dieselbe auch zur Schau getragen werde. Er meint, Napoleon habe seine eigne Politik, die er für den Augenblick zwar sorgfältig verberge, deren Ziel er aber unverrückt im Auge behalte und mit eiserner Konsequenz erstrebe. Napoleon wisse, was er wolle, und lasse sich so leicht von Niemand in die Karten sehen. Sein ganzes Streben gehe dahin (der Korrespondent will Napoleon also doch in die Karten gesehen haben!), der See- und Handelspolitik Englands entgegen zu wirken und der traditionellen Kontinentalpolitik Frankreichs, deren Ziel die Hegemonie auf dem europäischen Kontinent sei, alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Von den angeknüpften Friedensunterhandlungen sei der Friede nur dann zu hoffen, wenn es Frankreich gelinge, England und Rußland zu schwächen. Gelinge dies aber nicht nach Wunsch, so werde Frankreich den Krieg in Verbindung mit England fortsetzen, und zwar bis zu jenem Augenblick, wo die Ohnmacht Englands zu Lande noch offenkundiger und der Triumph der französischen Hegemonie gesichert sein werde. Dann werde Napoleon die Maske abwerfen und mit der von ihm beabsichtigten Umgestaltung der politischen und Territorialverhältnisse Europa's offen hervortreten. Natürlich knüpfen sich für den Korrespondenten an diese vermeintliche Napoleonische Politik so manche Hoffnungen, die er zwar nicht deutlich ausspricht, die er aber zwischen den Zeilen lesen läßt. τ.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 12. Februar. [Polizeibericht.] Gestohlen am 10. d. M. Abends Markt 82 durch Nachschlüssel: vier alte silberne Kaffeelöffel und ein leinenes Bettlaken, N. P. gez. Ferner am 11. d. M. Nachmittags Wilhelmsplatz 16 aus unverschlossener Küche: ein messingner Mörser mit dergl. Stößel, ein messingnes Einsatz-Pfundgewicht, vier neusilberne Eßlöffel.

⁝ Posen, 12. Februar. [Krankenstand.] In den städtischen Krankenanstalten befanden sich am 11. Februar 130 männl., 116 weibl., zusammen 246 Kranke. – Im städtischen Hospitale 31 M., 51 Fr., zusammen 82 Hospitaliten.

< Lissa, 11. Febr. [Gesundheitszustand; Rechnungsrath Tiedemann †.] Die eigenthümliche Witterungsbeschaffenheit des diesjährigen Winters kann nicht verfehlen, ihre nachtheilige Rückwirkung auch auf den Gesundheitszustand vieler Menschen zu äußern. Besonders häufig finden sich in Folge dessen die katarrhalischen Fieber in hiesigen Kreisen verbreitet, obwohl dieselben durchaus in keiner Weise gefährlich auftreten. — Unter den Todesfällen, die wir hier in den jüngsten Tagen zu beklagen hatten, dürfte auch in weitern Kreisen der des Rechnungsrathes August Tiedemann verdiente Theilnahme finden. Derselbe erlag am Freitag Abend im Alter von 63 Jahren den Folgen einer Lungenentzündung. Die Leiche wird übermorgen, nach vorangegangener Todtenfeier in der hiesigen ev. Kreuzkirche nach Fraustadt gebracht, um in dem dortigen Familien-Erbbegräbnisse des Dahingeschiedenen beigesetzt zu werden.

⌗ Neustadt b. P., 8. Februar. [Generalversammlung.] In der gestern in Tirschtiegel stattgehabten außerordentlichen Generalversammlung der Aktionäre der Pinne-Neustadt-Tirschtiegel-Brätzer Chausseegesellschaft (s. Nr. 33) erklärten die Aktionäre und Deputirten einstimmig die Gesellschaft für insolvent. Zur Vollendung des Chausseebaues bis zur märkischen Grenze ist noch ein Kapital von circa 97,000 Thlrn. nöthig. Diese aufzubringen halten sich die Aktionäre übrigens auch nicht für verpflichtet, da die Gesellschaft eine Korporation bilde, deren Mitglieder ihren ursprünglichen Verpflichtungen nachgekommen seien; und da das Gesellschaftsvermögen erschöpft sei — so sei jedes einzelne Mitglied nicht gehalten, mit seinem Privatvermögen aufzukommen. Die noch einziehbaren Reste sollen zur Abtragung des vom Oberpräsidenten im Betrage von 15,000 Thlrn. gewährten Darlehns verwendet werden. Die Aktienzeichnungen betragen ca. 34,000 Thlr. Der die k. Regierung vertretende Kommissarius, Ober-Regierungsrath Ziegert, hielt die abgegebene Erklärung für ungesetzlich u. unzulässig, erklärte, daß der Weiterbau und die Vollendung der Chaussee bis zu einer ungefähren Strecke von 2½ Meilen erfolgen müsse, und daß dieser Bau event. einstweilen von der k. Regierung fortgesetzt werden, der Fiskus sowohl aus der Provinzial-Hülfskasse, als auch aus andern Fonds namhafte Unterstützungen, und nicht nur zum Chaussee-, sondern auch zum Brückenbau (15,000 Thl.) bei Tirschtiegel, hergeben würde, die Gesellschaft sonach nur noch ca. 34,000 Thl. (jeder Aktionär also noch 100 pCt. seiner ursprünglichen Zeichnung) aufzubringen haben würde, um den Bau dieser Strecke zu vollenden. Bis jetzt sind ungefähr 4 Meilen Chaussee fertig. Die Gesellschaft blieb bei der abgegebenen Erklärung und vereinigte mit dieser die Bitte, falls die königl. Regierung gegen die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft auf dem Wege des Prozesses zur Aufbringung der Baukosten schreiten, und letztere vom Gerichte dazu verurtheilt werden sollten, daß die k. Regierung die vom k. Kommissarius namhaft gemachten Unterstützungen dennoch gewähre.

Γ Ostrowo, 8. Februar. [Goldene Hochzeit; Diebstahl; Bau.] Gestern früh 9 Uhr fand in der hiesigen evangel. Kirche die seltene Feier einer goldenen Hochzeit statt. Die Kirche hatte sich bald mit Andächtigen aller Stände und Konfessionen gefüllt, die Ankunft des Jubelpaares erwartend. Der Landrath und die acht Kirchenvorsteher waren in mehreren Wagen nach dem unweit der Stadt belegenen Dorfe Krempa gefahren, um das Jubelpaar, die Zimmermann Ehrenfried und Anna Susanna Zirkeschen Eheleute, zur Kirche zu geleiten, in der sie an demselben Tage vor 52 Jahren ehelich verbunden wurden. Der Eintritt des Jubelpaares, das sich noch voller Gesundheit erfreut, übte einen wohlthuenden Eindruck auf alle Anwesenden aus. Nach Absingung eines Liedes begann Pastor Remus die Festlichkeit mit der Liturgie und der Epistel Psalm 128. Hieran schloß sich die Predigt, in welcher der Redner bewies, daß der Segen einer glücklichen Ehe nur da zu finden sei, wo den Vorschriften der Religion nachgelebt werde. Hierauf folgte die kirchliche Einsegnung des Jubelpaares durch den Pastor Remus. Zum Schluß wurde dem Jubilar das auf Veranlassung des Landraths und des Pastor Remus für denselben Allerhöchst bewilligte Gnadengeschenk von 10 Thlrn., dessen Ehefrau eine von J. Maj. der Königin geschenkte Prachtbibel, mit den Bildnissen des hohen Königspaares und der eigenhändigen Unterschrift der gnädigsten Geberin versehen, übergeben, begleitet mit einer Ansprache, die das Jubelpaar bis zu Thränen bewegte. Nach ertheiltem Segen wurde das Jubelpaar zu Wagen wieder nach Hause begleitet. Die Ehe ist mit 2 Söhnen und 3 Töchtern, die sämmtlich verheirathet sind, 25 Enkeln und 5 Urenkeln gesegnet. — Diese Nacht ist durch Einbruch versucht worden, die Kreisgerichts-Salarienkasse zu bestehlen. Die Diebe haben sich aller Wahrscheinlichkeit nach des Abends in das Gebäude einschließen lassen, sind während der Nacht auf den Boden gegangen und haben, alle Hindernisse beseitigend, in der Bodendecke ein Loch ausgearbeitet und sich an einem Stricke in das Kassen-Arbeitszimmer heruntergelassen. Um das Deckbrett schneller bei Seite zu schaffen, haben die Diebe Feuer an dasselbe angelegt. Dank der Vorsehung, daß dieser gefährliche Versuch nicht ganz gelungen ist, weil sonst das Gebäude sehr leicht hätte in Flammen aufgehen können. In dem Zimmer haben die Diebe, deren zwei gewesen sein müssen, das Arbeitsspind des Rechnungsraths W. gewaltsam geöffnet. Sie wurden indeß arg getäuscht, weil in demselben statt Geld nur Schreibematerialien vorhanden waren. Auffallend ist es, daß die Diebe weitere Versuche, um in das Kassenzimmer zu gelangen, nicht gemacht haben. Als der eine der Diebe sich an einem Stricke am Fenster herabließ, bemerkte ihn in dem untern Zimmer ein Ulane der Wachtmannschaft. Anstatt sofort dem Diebe nachzueilen, theilte der Ulane diesen Vorfall der Bürgerwache mit, während dessen der Dieb verschwunden war. — Seit Jahren liegt der Plan zum Bau des höchst nöthigen Gerichtsgebäudes den Behörden vor und dürfte dem Wunsche der baldigen Ausführung des Baues billige Berücksichtigung nicht zu versagen sein, zumal in diesem Jahre dadurch der Stadt insofern eine Wohlthat erwachsen möchte, als viele, sonst beschäftigungslose Hände ihr Brod dabei verdienen würden.

### Personal-Chronik.

[Personalveränderungen] bei den Justizbehörden im Departement des k. Appellationsgerichts zu Posen im Monat Januar 1856. I. Bei dem Appellationsgericht: Der Appellationsgerichts-Rath Lehmann ist gestorben; der Auskultator Nehfeld ist zum Appellationsgerichts-Referendarius befördert; der Referendarius Wierzbowski ist aus dem Departement des k. Appellationsgerichts zu Marienwerder, und der Auskultator v. Krzyżański aus dem zu Bromberg hierher versetzt; der Referendarius v. Krzyżanowski und der Auskultator Krippendorff sind auf ihren Antrag aus dem Justizdienste entlassen; der Gerichtsassessor Ahlemann ist zum Staatsanwalt-Gehülfen bei der k. Oberstaatsanwaltschaft hierselbst ernannt worden. II. Bei dem Kreisgerichte zu Birnbaum: Der Büreaudiätar Wolff aus Samter ist zum Büreauassistenten ernannt.

III. Bei dem Kreisgerichte zu Kempen: Der Gerichtsassessor Rabski ist zum Kreisrichter ernannt; der Büreau-Assistent Schulz ist gestorben. IV. Bei dem Kreisgerichte zu Kosten: Der Gerichtsassessor Dr. Szafarkiewicz aus Krotoschin und der Gerichtsassessor Guderian sind zu Kreisrichtern ernannt; der Büreau-Assistent Klötzel ist mit Tode abgegangen. V. Bei dem Kreisgerichte zu Krotoschin: Der Gerichtsassessor Sarrazin aus Bocholt ist als Hülfsrichter hierher abgeordnet; die Gefangenwärter Sachweh und Kapsch und der Hülfs-Gefangenwärter Gramade sind gestorben. VI. Bei dem Kreisgerichte zu Rawicz: Der Gerichtsassessor König aus Samter ist zum Kreisrichter ernannt. VII. Bei dem Kreisgerichte zu Rogasen: Der Referendarius Meißner ist von der Verwaltung einer Richterstelle entbunden, und der Gerichtsassessor Szumann aus Rawicz zum Kreisrichter ernannt. VIII. Bei dem Kreisgerichte zu Samter: Der Hülfs-Dollmetscher Czarnecki aus Krotoschin ist als Büreau-Diätar angenommen; der Hülfs-Gefangenwärter Zielinski ist als Gefangenwärter angestellt. IX. Bei dem Kreisgerichte zu Wollstein: Der Hülfs-Exekutor und Bote Hippe ist als Exekutor und Bote etatsmäßig angestellt.

### Redaktions-Korrespondenz.

X in Tirschtiegel. Mußte zurückgelegt werden, da es ausführlicher schon von anderer Seite berichtet wurde. — Kr.-R. G. in Schubin. Der beregte Artikel ist schon vor drei Wochen (s. Nr. 20) abgedruckt!

[Eingesandt.]

Erwiderung auf das Eingesandt in Nr. 36.

So lange noch die Möglichkeit der Annahme des Wagener'schen Antrags vorhanden ist, sind die Petitionen um Verwerfung desselben nothwendig. Es handelt sich hierbei nicht um die praktische Ausführung, sondern um Aufrechthaltung des im Art. 12. der Verfassung ausgesprochenen Prinzips, welches durch den Wagener'schen Antrag vernichtet werden soll. Das Wort des Predigers „Reden hat seine Zeit" ist jetzt um so mehr zu beachten, als von vielen Seiten den jüdischen Gemeinden in Preußen der Vorwurf des Indifferentismus gegen die Seitens des Ministeriums gegebene und bethätigte Auslegung des Art. 12 der Verfassung gemacht wird. Hoffen wir daher, daß auch die hiesige jüdische Gemeinde eine Petition um Verwerfung des Wagener'schen Antrags baldigst absenden wird; wenigstens müßte die Unterlassung eines derartigen Schrittes, den vielen, bei weitem kleineren Gemeinden unsrer Provinz gegenüber, welche dabei kräftig sich regen, einen sehr eigenthümlichen Eindruck machen. M. B.

### Angekommene Fremde.

Vom 12. Februar.

HOTEL DE BAVIERE. Die Gutsb. v. Kosznski aus Popowko und v. Ocken aus Stolp; die Kaufleute Wrzesinski aus Wongrowitz und Langermann aus Swinemünde.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Graf Mielżynski aus Kotowo und v. Niezychowski aus Granówko.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Lieutenant v. Bagenski aus Frankfurt a./O. und Kaufmann Klein aus Stettin.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsbesitzer Wiszliceny aus Konarskie, v. Lakomicki aus Baszkowo und Wirthsch.-Inspektor Jagielski aus Swiątkowo.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Max aus Glogau, Meyer aus Duisburg und Sander aus Leipzig; Stadtrath Russak aus Gnesen; Buchhändler Hausen aus Lissa; Theater-Direktor Wallner aus Berlin; Oberförster Lehn aus Jarocin; reitender Feldjäger Krieger aus Bolewice.

HOTEL DU NORD. Probst Framski aus Popowo und Kaufmann Leichtentritt aus Berlin.

HOTEL DE BERLIN. Beamter Pokornowski aus Uszeniano; Inspektor Kuflinski aus Bütow und Gutsbesitzer Gałęzewski aus Chełmno.

HOTEL DE PARIS. Die Pröbste Borowicz aus Brodnica und Osmolski aus Chodziesen; die Gutsbesitzer v. Rogalinski aus Ostrobudki und v. Sempołowski aus Gowarzewo.

GROSSE EICHE. Gutsbesitzer v. Kęszycki aus Piekary.

EICHBORN'S HOTEL. Die Kürschnermeister Zöllner und Fränkel aus Danzig; Konditor Burich aus Koźmin; Geschäftsführer Lar aus Königsberg und Kaufmann Berg aus Chodziesen.

PRIVAT-LOGIS. Probst Chedkiewicz aus Gr. Łęki, log. Schloßberg Nr. 4.

# Inserate und Börsen-Nachrichten.



(Beilage.)

---

Bekanntmachung.

Zur öffentlichen meistbietenden Verpachtung der Fischereinutzung in den Wasserlachen der Wiesen im Belaufe Kraykowo und auf der fiskalischen Hälfte des Warthaflusses neben der Forst und Feldmark Kraykowo auf anderweite sechs Jahre, steht Termin auf

Montag den 10. März Nachmittags 2 Uhr

im Forsthause zu Kraykowo an, wozu Pachtliebhaber hiermit eingeladen werden.

Die Pachtbedingungen werden im Termine bekannt gemacht, können auch jederzeit während der Dienststunden im hiesigen Geschäftsbureau eingesehen werden.

Forsthaus Ludwigsberg, den 9. Februar 1856.

Der Königliche Oberförster Schultz.

---

In den Kleemannschen Grundstücken sind folgende Wohnungen zu vermiethen:

1) im Hause Schifferstraße Nr. 9:
eine Parterrewohnung nebst Tischler- oder Stellmacherwerkstätte, eine Wohnung in der 2. Etage, bestehend aus 3 Stuben und Küche;
2) im Hause Wallischei Nr. 22.:
eine Wohnung im ersten Stock nebst Schlosserwerkstätte im Hofe.

Nähere Auskunft ertheilt der Verwalter der Kleemannschen Nachlaßmasse,

Auktions-Kommissarius **Lipschitz.**

---



---

Bekanntmachung.

In Niepruszewo bei Buk ist eine aus 60 Morgen Land 1. Klasse bestehende Wirthschaft aus freier Hand zu verkaufen. Nähere Auskunft darüber ertheilt auf frankirte Briefe Herr **F. Degórski** in Buk, oder der unterzeichnete, in Biechowo bei Wreschen wohnhafte Eigenthümer

**T. Przybylski.**

---



---



# Aachen-Düsseldorf-Ruhrorter Eisenbahn.



## FAHRPLAN

**vom 21. Oktober 1855 ab bis auf Weiteres.**

A Von Aachen nach Düsseldorf und Ruhrort.

| Nr. des Zuges. | Aachen. Abfahrt. | Gladbach. Abfahrt. | Neuß. Abfahrt. | Düsseldorf. Ankunft. | Crefeld. Abfahrt. | Ruhrort. Ankunft. |
|---|---|---|---|---|---|---|
| I. Güterschnellzug mit Pers.-Bef. | — / — | $5^{50}$ Morg. / — | $6^{29}$ Morg. / — | $6^{45}$ Morg. / — | $5^{20}$ Morg. | $6^{35}$ Morg. |
| III. Personenzug | $6^{20}$ Morg. | $8^{25}$ Morg. | $8^{45}$ Morg. | $8^{54}$ Morg. | $9^{3}$ Morg. | $10^{0}$ Morg. |
| V. Personenzug | $9^{25}$ Morg. | $11^{30}$ Morg. | $11^{56}$ Morg. | $12^{6}$ Nachm. | $12^{12}$ Nachm. | $1^{10}$ Nachm. |
| VII. Schnellzug | $2^{50}$ Nachm. | $4^{35}$ Nachm. | $5^{0}$ Nachm. | $5^{9}$ Nachm. | $5^{8}$ Nachm. | $6^{0}$ Abds. |
| IX. Personenzug | $6^{0}$ Abends | $8^{10}$ Abds. | $8^{40}$ Abds. | $8^{50}$ Abds. | $8^{53}$ Abds. | $9^{55}$ Abds. |
| XI. Güterschnellzug mit Pers.-Bef. | $8^{6}$ Abends | $11^{6}$ Abds. | — | — | $11^{58}$ Abds. (Ankunft und Uebernachtung.) | — |

B. Von Düsseldorf und Ruhrort nach Aachen.

| Nr. des Zuges. | Düsseldorf. Abfahrt. | Neuß. Abfahrt. | Ruhrort. Abfahrt. | Crefeld. Abfahrt. | Gladbach. Abfahrt. | Aachen. Ankunft. |
|---|---|---|---|---|---|---|
| II. Güterschnellzug mit Pers.-Bef. | — | — | — | — | $5^{15}$ Morg. | $8^{15}$ Morg. |
| IV. Schnellzug | $7^{40}$ Morg. | $7^{52}$ Morg. | $6^{50}$ Morg. | $7^{43}$ Morg. | $8^{30}$ Morg. | $10^{30}$ Morg. |
| VI. Personenzug | $10^{30}$ Morg. | $10^{44}$ Morg. | $9^{10}$ Morg. | $10^{36}$ Morg. | $11^{25}$ Morg. | $1^{25}$ Nachm. |
| VIII. Personenzug | $3^{45}$ Nachm. | $3^{57}$ Nachm. | $2^{20}$ Nachm. | $3^{39}$ Nachm. | $4^{40}$ Nachm. | $6^{40}$ Abds. |
| X. Personenzug | $7^{15}$ Abds. | $7^{27}$ Abds. | $6^{10}$ Abds. | $7^{14}$ Abds. | $8^{10}$ Abds. | $10^{14}$ Abds. |
| XII. Güterschnellzug mit Pers.-Bef. | $9^{45}$ Abds. | $10^{3}$ Abds. | — | — | Ankunft und Uebernacht. $10^{40}$ Abds. mit IX. Anschl. nach Crefeld. | |
| | — | — | $7^{30}$ Abds. | $9^{21}$ Abds. | $10^{14}$ Abds. Ankunft und Uebernacht. | |

Anmerkung. 1) Die Güter-Schnellzüge befördern nur II. und III. Wagenklasse, die übrigen Züge (incl. Schnellzüge) alle 3 Wagenklassen und halten auf allen Stationen.
2) Tages-Retour-Karten sind zu allen Zügen gültig.

### Anschlüsse:

**In Aachen.**
Züge III. und VII. aus Paris.
Zug VII. aus Ostende.
Züge V., VII. und IX. aus Mastricht.
Züge V., VII. und XI. aus Cöln.

**In Neuß.**
Züge III., V., VII. und IX. aus Cöln und Crefeld.
Züge III., V., VII. und IX. nach Cöln.
Züge I., III., V. und VII. nach Crefeld.

**In Düsseldorf.**
Züge I., III., VII. und IX. nach Berlin an die Courier-, Schnell- und Personenzüge der Cöln-Mindener Bahn.
Zug VII. auch nach Hamm.
Züge I., III., V., VII. und IX. nach Deutz.
Züge I., III., VII. und IX. nach Elberfeld.
Zug V. desgleichen, Schnellzug nach Halle und Leipzig (Ankunft $5^{50}$ resp. $7^{30}$ folgenden Morgens).

**In Crefeld.**
Züge III., V., VII. und IX. aus Cöln.

**In Ruhrort.**
Züge I., III., VII. und IX. nach Berlin und Hamm, wie vorstehend in Düsseldorf.

**In Düsseldorf.**
Züge IV., VI. und XII. aus Berlin, an die Courier-, Schnell- und Personenzüge der Cöln-Mindener Bahn, außerdem Zug VIII. aus Hamm.
Züge IV., VI., VIII. und X. aus Deutz.
Züge IV., X. und XII. aus Elberfeld; Zug VIII. desgl., Fortsetzung des Schnellzuges aus Halle (Abgang $11^{2}$ Abends vorher) und Leipzig (Abgang $10^{0}$ Abends vorher).

**In Neuß.**
Züge IV., VI., VIII. und X. nach Cöln und Crefeld.
Züge IV., VI., VIII. und X. aus Cöln.
Züge VI., VIII., X. und XII. aus Crefeld.

**In Ruhrort.**
Züge IV., VI., VIII. und XII. aus Berlin und resp. Hamm, wie vorstehend in Düsseldorf.

**In Crefeld.**
Züge IV., VI., VIII. und X. nach Cöln.

**In Aachen.**
Zug IV. (in 1 Tage) und X. nach Paris.
Zug VI. nach Belgien.
Züge IV. und VI. nach Mastricht.
Züge IV., VI. und VIII. nach Cöln.

Aachen, den 26. Januar 1856.

**Königliche Direktion der Aachen-Düsseldorf-Ruhrorter Eisenbahn.**

**Berichtigung.** In der Beilage der vorigen Nummer d. Ztg. ist in der Anzeige von Ed. Bote & G. Bock am Schlusse statt:
Catalogue der neueren Classiker gratis.
zu lesen:
Catalogues des oeuvres classiques gratis.

## Börsen-Getreideberichte.

**Berlin,** 11. Februar. Wind: Südwest. Barometer: 28 2°. Thermometer: 9°. Witterung: sehr regnigt.

Weizen im Allgemeinen gefragter.

Roggen loco etwas fester gehalten und für 20 Wspl. 84⅞ Pfd. 78 Rt. p. 2050 Pfd. bezahlt. — Termine sehr gefragt und höher einsetzend, im Laufe des Marktes wegen der Pöglichkeit der Kontrahenten zu schwankenden Preisen gehandelt, schließen auf ihrem gestiegenen Standpunkt nach lebhaftem Geschäft ruhiger.

Gerste und Hafer ohne Aenderung.

Rüböl sehr fest und auf alle Termine neuerdings besser bezahlt.

Spiritus etwas fester und auf die späteren Termine zu höheren Preisen gehandelt. Gekündigt 10,000 Qrt.

Weizen loco nach Qual. gelb u. bunt 96—104 Rt., hochb. u. weiß 104—112 Rt., untergeordnet 80—96 Rt.

Roggen Febr. 76¼ bez., 76½ Br., 76 Gd., Febr.-März 76—76¼ bez., 76½ Br., 76 Gd., März-April 76

Gerste, große loco 52—56 Rt.

Hafer loco nach Qualität 34—35 Rt., p. Frühjahr 50 Pfd. 34½ Rt. bez., 52 Pfd. 34¾ Rt. bez.

Erbsen, Kochwaare 72—84 Rt.
Raps 124 Rt.
W.-Rübsen 122 Rt.
S.-Rübsen 103 Rt.
Leinsaat 90 Rt.

Rüböl loco 15⅝—16 bez. u. Br., 15¾ Gd., p. Febr. 15⅝—15½ bez. u. Gd., 15 11/12 Br., p. Febr.-März 15½ Br., 15⅝ Gd., p. März-April 16⅙ Br., 16 Gd., p. April-Mai 16 1/12—16⅓ bez. u. Br., 16⅙ Gd., p. Septbr.-Oktbr. 14½—14¼ bez. u. Br., 14⅙ Gd.

Leinöl loco 15⅓ Br., p. Frühjahr 14⅓ Br.
Hanföl loco 14½ Br., p. Frühjahr 14 bez.

Spiritus loco ohne Faß 28¾—29 bez., Febr. und Febr.-März 29 bez. u. Gd., 29¼ Br., März-April 29¾—30 bez. u. Br., 29¾ Gd., April-Mai 30½—30¼ bez. u. Br., 30¼ Gd., Mai-Juni 31 bez. u. Br., 30¾ Gd., Juni-Juli 31¾ bez. u. Br., 31¼ Gd. (Pdw. Hdbl.)

**Stettin,** 11 Februar. Das Thauwetter bleibt anhaltend.

Weizen. Sonnabend ist für 88—89 Pfd. gelben p. Frühjahr 107 Rt. bez.

Roggen. Heute ist es fest und 82 Pfd. p. Frühjahr 76 Rt. Br., 75½ Rt. Gd.

Gerste große pomm. 74—75 Pfd. 54 Rt. bez., do. ohne Benennung 52 Rt. Gd.

Hafer 35½ Rt.
Erbsen unverändert.

bez., 77 Br., 76¼ Gd., p. Frühjahr u. Mai-Juni 77—77¼—77½, auch 76½ bez., 77¼ Br., 77 Gd.

Rüböl p. April-Mai 15½ Rt.

Spiritus p. Frühj. 12¼ % Gd., p. Juni-Juli 12⅛ % Gd.

Nach der Börse. Weizen sehr fest in Folge inländischer Ordres, p. Frühjahr 88—89 Pfd. gelber 107 Rt. bez. u. Br., 84—90 Pfd. do. 96 Rt. Gd.

Roggen fürs Inland gefragt, loco 87 Pfd. p. 82 Pfd. 73, 73½, 74 Rt. bez., ca. 88 Pfd. p. 82 Pfd. 75 Rt. bez., 85—86 Pfd. p. 82 Pfd. 73¾ Rt. bez., 83—84 Pfd. p. 82 Pfd. 73 Rt. bez., 82 Pfd. p. Febr. und Febr.-März 74½ Rt. Br., p. Frühjahr 75½, 76, 76½, 77 Rt. bez. u. Gd., p. Mai-Juni 76 a 77 Rt. bez. u. Gd., p. Juni-Juli 76 a 77 Rt. bez.

Gerste loco 77—78 Pfd. feine p. 75 Pfd. 57 Rt. bez., 74—75 Pfd. 55 Rt. Br., p. Frühjahr 74—75 Pfd. große pomm. 54 Rt. bez., 53½ Rt. Br., do. ohne Benennung 52¼ Rt. Gd.

Hafer p. Frühj. 50—52 Pfd. mit Ausschluß von poln. und preuß. 35½ Rt. bez., do. pomm. 36 Rt. Br.

Erbsen loco kleine Koch- 82 Rt. Br.

Rapskuchen 2⅛ Rt. Br.

Rüböl fest, loco 15½ Rt. bez., 15⅓ Rt. Br., p. Febr. 15⅓ Rt. Br., p. April-Mai 15⅔ Rt. bez. u. Gd., p. Septbr.-Oktbr. 14¼ Rt. bez., Br. u. Gd.

Spiritus fest, loco mit Faß 12¼, ⅜ % bez., ohne Faß 12⅝, 12 9/16 % bez., p. Febr.-März 12⅜ % bez. u. Br., p. März ohne Faß 12½ % bez., p. April ohne Faß 12⅛ % bez., p. Frühj. 12¼ % bez., 12 % Br., p. Mai-Juni 12⅛ % Gd., p. Juni-Juli 11⅞ % Gd.

Leinsamen, Rigaer 12¾ Rt. bez., Thymotee 7¼ Rt. bez., 7¾ a 8 Rt. Br.

Leinöl loco incl. Faß 14¾ Rt. Br., ohne Faß 14½ Rt. bez.

Hanföl, russ. 14¾ Rt. Br.

Reis, Java 6⅔ Rt., Madras 5¼ Rt. transf. Br.

Hanf, Königsberger Rein-, 14 a 14¾ Rt., Petersburger und Rigaer Sorten 13 a 14½ Rt. Br.

Delsaat nominell.
Zink stille.

(Ostsee-Ztg.)

## Telegr. Getreide-Börsen-Bericht.

**Hamburg,** 11. Februar. Weizen loco 20 Rt. gegen letzten Bericht höher, auswärts 5. Inhaber halten zum Theil ganz zurück. Roggen, auswärts 6 höher; 118 bis 119 Pfd. Dänemark einzeln 120 geboten. Oel p. Februar 29½, p. Mai 30½, p. Oktober 27⅛. Kaffee bei geringem Umsatz unverändert.

Thermometer- und Barometerstand, so wie Windrichtung zu Posen vom 4. bis 10. Februar 1856.

| Tag. | Thermometerstand tiefster | Thermometerstand höchster | Barometerstand. | Wind. |
|---|---|---|---|---|
| 4. Febr. | − 10,2° | − 3,7° | 28 Z. 0,0 L. | NW. |
| 5. " | − 9,0° | − 1,4° | 27 " 11,3 " | SW. |
| 6. " | + 1,2° | + 2,7° | 27 " 9,0 " | S. |
| 7. " | + 1,0° | + 5,0° | 27 " 8,3 " | SW. |
| 8. " | + 5,0° | + 7,0° | 27 " 9,0 " | W. |
| 9. " | + 2,5° | + 4,7° | 27 " 10,2 " | SW. |
| 10. " | + 2,4° | + 9,4° | 27 " 10,0 " | SW. |

## Wasserstand der Warthe:

| | | | |
|---|---|---|---|
| **Pogorzelice** am 10. Februar Vorm. | 8 Uhr | 7 Fuß | 9 Zoll, |
| " 11. " " | 8 " | 8 " | 2 " |
| **Posen** . . . " 11. " " | 8 " | 9 " | 6 " |
| " 12. " " | 8 " | 9 " | — " |

# Berliner Börse vom 10. und 9. Februar 1856.

**Preuss. Fonds- und Geld-Course.**

| | | vom 10. | vom 9 |
|---|---|---|---|
| Pr.Frw. Anleihe | 4½ | 100¾ G | 100¾ G |
| St.-Anl. 1850 | 4½ | 101 B | 101 bz |
| - - 1852 | 4½ | 101 B | 101 B |
| - - 1853 | 4 | 96¼ bz | 96¼ bz |
| - - 1854 | 4½ | 101 G | 101 bz |
| - - 1855 | 4½ | 101 B | 101 bz |
| St.-Schuldsch. | 3½ | 86½ bz | 86¾ B |
| Seeh.-Pr.-Sch. | — | 147¾ B | 148 B |
| St.-Präm.-Anl. | 3½ | 112½ bz | 113¼ B |
| K. u N. Schuldv. | 3½ | 86 bz | 86¼ B |
| Berl. Stadt-Obl. | 4½ | 101 G | 101 G |
| - - - | 3½ | 86½ bz | — — |
| K. u. N. Pfandbr. | 3½ | 96¾ bz | 96¾ bz |
| Ostpreuss. - | 3½ | 91½ G | 91½ G |
| Pomm. - | 3½ | 96¼ G | 96¼ G |
| Posensche - | 4 | 101 G | 101 G |
| - neue - | 3½ | 90½ B | 90¾ B |
| Schlesische - | 3½ | 91½ bz | 91 B |
| Westpreuss. - | 3½ | — — | 87¾ bz |
| K. u. N. Rentbr. | 4 | 95¾ bz | 95¾ bz |
| Pomm. - | 4 | 96⅝ bz | 96½ G |
| Posensche - | 4 | 93½ bz | 93½ bz |
| Preussische - | 4 | 96¼ G | 96 G |
| Westph. R. - | 4 | 95 bz | 94½ bz |
| Sächsische - | 4 | 94½ G | 94½ G |
| Schlesiche - | 4 | — — | 93¾ B |
| Pr. Bkanth.-Sch. | 4 | 135 bz u G | 134½-135¼ b |
| Min.-Bk.-A. | 5 | 100¾ B | 101 bz u B |
| Friedrichsd'or | — | — — | — — |
| Louisd'or | — | 110 bz | 110 bz |

**Eisenbahn-Aktien.**

| | | vom 10. | vom 9. |
|---|---|---|---|
| Aach.-Düsseld. | 3½ | 87½ G | 87¾ bz |
| - - Pr. | 4 | 90¼ B | — — |
| - II. Em. | 4 | 88¾ B | 88¾ bz |
| - Mastricht. | 4 | 65 bz | 64 B |
| - - Pr. | 4½ | 93 bz | 92½ bz |
| Amst.-Rotterd. | 4 | 85½-¾ bz | — — |
| Berg.-Märkische | 4 | 86½-88 bz | 86½ bz |
| - - Pr. | 5 | — — | 101¾ G |
| - II. Em. | 5 | 100¾ bz | 100⅝ G |
| Dtm.-S. P. | 4 | 89 bz | 89 bz |
| Berlin-Anhalt. | 4 | 163 B | 164½ bz |
| - - Pr. | 4 | 95½ bz | 95½ bz |
| Berl.-Hamburg. | 4 | 114½ B | 114½ B |
| - - Pr. | 4½ | 102½ G | 102½ G |
| - II. Em | 4½ | 102 G | 102 G |
| Berl.-P.-Magd. | 4 | 101¼-101½ b | 101¼-101½ b |
| - Pr. A. B. | 4 | 92¼ G | 92½ bz |
| - - L. C. | 4½ | 100 bz | 100 bz |
| - - L. D. | 4½ | 99½ G | 99¼ G |
| Berlin-Stettiner | 4 | 174¾-175 bz | 170¼-171 bz |
| - - Pr. | 4½ | 101¼ B | — — |
| Brsl. Freib.-St. | 4 | 146½ G | 145-146 bz |
| - - Neue | 4 | 136¼ G | 135-36 bz |
| Cöln.-Cref.-St. | — | 110 B | 109½ bz |
| - - Pr. | 4½ | 98¾ etw bz | 98¾ bz |
| Cöln-Mindener | 3½ | 167-169 bz u G | 165 bz |
| - - Pr. | 4½ | 100½ bz | 100¾ G |
| - II. Em. | 5 | 102½ B | 103 bz |
| - - | 4 | 91¼ G | 91¼ G |
| - III. Em. | 4 | 91¼ G | 91¼ G |
| - IV. Em. | 4 | 90 B | 90 bz |

| | | vom 10. | vom 9. |
|---|---|---|---|
| Düsseld.-Elberf. | 4 | 147 bz | 144-147 bz |
| - - Pr. | 5 | 91½ bz | 91½ bz |
| - - Pr. | 5 | 101¾ B | 101¾ B |
| Fr. St.-Eis. | 3 | 157 bz | 154½-¾ bz |
| - - Pr. | 4 | 56 bz | 56 bz |
| Ludwigsh.-Bex. | 4 | 156-157 bz | 155-55¾ bz |
| Magd.-Halberst. | 4 | 200 B | 200 B |
| Magd.-Wittenb. | 4½ | 51-50¼-½ b | 51 B |
| - - Pr. | 4 | — — | — — |
| Mainz-Ludwh. | 4 | 123 bz | 123 bz |
| Mecklenburger | 4 | 54½-¾ bz | 54m, 54½ bz |
| Münst.-Ham. | 4½ | 92⅝ G | 92⅝ bz |
| Neust.-Weissb. | 4 | 143 G | 143 G |
| Niederschl.-M. | 4 | 94 B | 94 B |
| - - Pr. | 4 | 93¼ G | 93¼ G |
| Pr. I. II. Sr. | 4 | 93¼ bz | 93¾ G |
| - - III. - | 5 | 93 bz | 93 bz |
| - - IV. - | 4 | 102½ B | 102¼ B |
| Niederschl. Zwb | 4 | 71½-72 bz | 71½ bz |
| Nordb. (Fr. W.) | 4 | 60¼ ½ bz | 59⅞-¾ bz |
| - - Pr. | 5 | — — | — — |
| Oberschl. L. A | 3½ | 218½-220 bz | 218 G |
| - - B. | 3½ | 186 etw bz u G | 185 bz |
| Pr. A. | 4 | 92¾ bz | 92½ G |
| - - B. | 3½ | 82½ G | 82½ bz u G |
| - - D. | 4 | 90½ bz | 90 bz |
| - - E. | 3½ | 80 B | 80 B |
| Prz. W. (St.-V.) | 4 | 62-62½ bz | 62-62½ bz |
| - Ser. I. | 5 | 100 G | 100 G |
| - - II | 5 | 98 G | 98 G |
| Rheinische | 4 | 116¾-¼ bz Ende 117 B | 116-17¼ bz |
| - (St.) Pr. | 4 | — — | 116 B |

| | | vom 10. | vom 9. |
|---|---|---|---|
| Rhein. (St.) Pr. | 4 | 92 B | 82 B |
| - v. St. g. | 3½ | 84½ B | 85 G |
| Ruhrort.-Cref. | 3½ | 84 bz | 84½ etw bz |
| - - Pr. I. | 4½ | 98¾ G | 98¾ G |
| - - - | 4 | 88¾ G | 88¾ G |
| Starg.-Posener | 3½ | 96 bz | 95½-96 bz |
| - - Pr. | 4 | 91½ G | 99½ G |
| - - - | 4½ | 99½ G | 91½ G |
| Thüringer | 4 | 113¼-113 bz | 113½ bz |
| - Pr. | 4½ | 96¾ bz | 100 bz |
| - III. Em. | — | 99¾ bz | 99¾ bz |
| Wilhelms-Bahn | 4 | 214-215 bz | 217-210 bz |
| - Neue | — | 178½-179 bz | 188 B |
| - Pr | 4 | 90½ B | 90½ etw bz |

**Ausländische Fonds.**

| | | vom 10. | vom 9. |
|---|---|---|---|
| Braunschw. BA. | 4 | 130 bz u G | 131 etw B |
| Weimarsche - | 4 | 114¾ et b u B | 114¾ bz u B |
| Darmst. - | — | 121-122 bz | 120¼-121 bz |
| Geraer - | — | 106¾ bz u B | 107 6¾ bz |
| Oesterr. Metall. | 5 | 83-82¾ bz | 80-79¾ bz |
| - 54er PA. | 4 | 101 B | 100 B |
| - Nat.-A | 5 | 83-82¾ bz | 81⅞-⅜-½ bz |
| Russ.-Engl.-A. | 5 | 103 bz | 103 bz |
| - 5% Anleihe | 5 | 94-94¼ bz | 93¾ etw bz |
| - Pln. Sch.-O. | 4 | 80 bz | 80½ B |
| Poln. Pf III Em | — | 92¾ bz | 92¾ bz |
| Poln. 500 Fl. L. | 4 | 86 B | 86 bz |
| - A. 300 Fl. | 5 | 90½ B | 90 bz |
| - B. 200 Fl. | — | 20¼ B | 20 B |
| Kurhess. 40 Tlr. | — | 38¾ G | 39 B |
| Badensche 35 Fl | — | 27¼ B | 27¼ B |
| Hamb. P.-A. | — | 66½ G | 66 G |

Die Börse blieb in fester Haltung, die Course waren wenig verändert und nur einige höher bei mässigem Geschäft.

## Telegraphische Correspondenz für Fonds-Course.

**Frankfurt a. M.,** Montag, 11. Februar, Nachmittags 2 Uhr. Günstige Stimmung und steigende Tendenz in österreichischen Fonds und Actien. Eisenbahn-Actien still und wenig niedriger.

**Schluss-Course.** Neueste Preuss. Anl. 113½. Preuss. Kassenscheine 105. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 60⅞. Ludwigshafen-Bexbach 156. Frankfurt-Hanau 79. Berliner Wechsel 105⅛. Hamburger Wechsel 88½. Londoner Wechsel 119¼. Pariser Wechsel 93⅞. Amsterdamer Wechsel 100½. Wiener Wechsel 112¾. Frankfurter Bank-Antheile 121⅛. Darmstädter Bank-Aktien 307. 3proc. Spanier 38⅛. 1proc. Spanier 24 1/16. Kurhessische Loose 39. Badische Loose 47⅜. 5proc. Metalliques 78¼. 4½proc. Metall. 70⅜. 1854er Loose 99½. Oesterr. Nation.-Anlehen 81⅜. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 277. Oesterr. Bankantheile 1167. Oesterr. Credit-Actien 139.

**Hamburg,** Montag, 11. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Sehr geschäftslos. Oesterreichische Credit-Actien 144, österreichische Staats-Eisenbahn-Actien 845.

**Schluss-Course.** Preuss. 4½proc. Staats-Anl. 100 Br. Preussische Loose 111¾. Oesterreichische Loose 116. 3procent. Spanier 36¼. 1proc. Spanier 22⅞. Stieglitz de 1855 89½. Berlin-Hamburger 113½. Cöln-Mindener 166. Mecklenburger 53⅛. Magdeburg-Wittenberge 49. Berlin-Hamburg 1. Prior. 102¼. Cöln-Minden 3. Prior. 90. Disconto —.

Verantw. Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.